

Verhandlungsschrift

über die am **Mittwoch, dem 14. September 2016**,
in der Welser Stadthalle stattgefundene

8. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 19.03 Uhr

Ende der Sitzung: 23.00 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 7. Sitzung des Gemeinderates vom 27.06.2016 liegt zur
Einsichtnahme auf.

***Männliche/weibliche Form im Text**

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt. Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Gerhard Kroiß
3. Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Margarete Josseck-Herd

Gemeinderäte:

Christian Fila

Mag. Georg Parzmayr

Ralph Schäfer

Olivera Stojanovic, BSc

Christiane Kroiß

Mark Paulusberger

Ronald Schiefermayr

Georg Taitl

Elke Ruetz

Ingo Spindler

Sandra Wohlschlager

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeisterin Silvia Huber

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Klaus Hoflehner

Johann Reindl-Schwaighofer

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat

Ernst Kirchmayr

Mag. Phil. Mato Simunovic

Stefan Ganzert

Laurien Janina Scheinecker

Barbara Wildfellner

Karl Schönberger

Petra Wimmer

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Peter Lehner

Gemeinderäte:

LAbg. Dr. Peter Csar

Sybille Prähofer

Stefan Haböck

Markus Wiesinger

Augustine Hacker

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

Mag. Elke Mayerhofer

MMag. Stefanie Rumersdorfer

Prof. Mag. Walter Teubl

NEOS

Gemeinderat:

Markus Hufnagl

Vom Magistrat:

SenR. Dr. Ulrich Törek

sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schritfführer:

W.OAR. Inge Maderthaler

Helga Rosenberger

Entschuldigt:

GR. Egon Schatzmann

GR. DI. Gunter Haydinger

GR. Mag. Bernhard Humer

GR. Walter Zaunmüller

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 06.09.2016 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Anfragen

1. Anfrage von GR. Petra Wimmer gem. § 10 GOCR an Bürgermeister Dr. Andreas Rabl betreffend Personalaufwand und die entstandenen Kosten im Zuge der Magistratsreform
(DI-Verf-120-2016)

Bgm. Dr. Rabl: Diese Anfrage wird schriftlich beantwortet.

2. Anfrage von GR. Barbara Wildfellner gem. § 10 GOCR an Bürgermeister Dr. Andreas Rabl betreffend Gesamtkosten für die geplante Bürgerbefragung bzw. eine Volksabstimmung nach § 67 StW 1992
(DI-Verf-121-2016)

Bgm. Dr. Rabl: Auch diese Anfrage wird schriftlich beantwortet.

3. Anfrage von GR. Karl Schönberger gem. § 10 GOCR an Bürgermeister Dr. Andreas Rabl betreffend Kosten für externe Beratung im Rahmen der Struktur- und Aufgabenreform des Magistrates der Stadt Wels
(DI-Verf-122-2016)

Bgm. Dr. Rabl: Auch diese Anfrage wird schriftlich beantwortet. Aufgrund des Zeitraumes von nur sieben Werktagen ist eine korrekte Beantwortung nicht möglich. Es handelt sich dabei um umfangreichere Fragenerhebungen für die eine längere Frist erforderlich ist.

Aktuelle Stunde

Die GRÜNE-Gemeinderatsfraktion hat zur Aktuellen Stunde das Thema „Strukturreform und Bürgerbefragung“ bekannt gegeben.

GR. Prof. Mag. Teubl: Die Sozialdemokraten, die GRÜNEN und die NEOS beantragte diese außerordentliche Gemeinderatssitzung, weil die Vorbereitung und die Durchführung der sogenannten Bürgerbefragung in einer Weise erfolgen, dass einem die Haare zu Berge stehen. Erlauben sie mir einen kurzen Rückblick. Am 22. Juli wurde eine Presseaussendung der Stadt Wels mit dem Titel „Struktur- und Aufgabenreform am Magistrat, Bürgerbefragung am Sonntag, 2. Oktober 2016“ veröffentlicht. Diese Bürgerbefragung war von Anfang an mit der Frage verknüpft, welche Leistungen die Stadt Wels in Zukunft nicht mehr oder eingeschränkt erbringen soll. Dazu ist festzuhalten, von den nun vorliegenden fünf Fragen beschäftigen sich seltsamerweise nur mehr zwei mit dieser Fragestellung. Zur Strukturreform selbst hieß es in dieser Aussendung: Ein Teil des Reformprozesses ist die Überprüfung des Leistungsangebotes der Stadt Wels hinsichtlich Breite und Tiefe. Die Ergebnisse dieser von der Firma Integrated Consulting GesmbH betreuten Aufgaben und Produkte werden eine Basis für die geplante Struktur- und Organisationsreform des Magistrates liefern. Insgesamt wurden im Zuge des Prozesses 390 Potenziale incl. Untervarianten geprüft und ausgearbeitet. 175 dieser Vorschläge wurden bisher als nachhaltig wirksam bewertet. Die Beschreibung der Potenziale wird inklusive der bisher eingebrachten Vorschläge der Bevölkerung mit Ende Juli abgeschlossen sein. Hier ist von einem abgeschlossenen Prozess die Rede. Der Herr Bürgermeister spricht nun davon, dass die Erstellung der Liste immer noch nicht abgeschlossen ist. Was stimmt also nun?

Die im Gemeinderat vertretenen Parteien haben jedenfalls bis heute weder eine Liste mit 390 Einsparungspotenzialen, noch eine Liste mit 150 nachhaltig wirksamen bewerteten Einsparungspotenzialen erhalten. Wir bekamen eine vorselektierte Liste mit 44 bzw. bei Mitrechnung der Varianten 67 Vorschlägen. Angeblich soll es sich dabei um die Vorschläge mit den höchsten Ausgabensummen handeln. Die Mehrzahl der Vorschläge kommt aus dem Sozial- und dem Kulturbereich. Andere Punkte, wie die Ordnungswache, wurden in dieser Liste offensichtlich vergessen und erst nach unserer Kritik aufgenommen. Dann beginnt man an der objektiven Zusammenstellung dieser Liste zu zweifeln. Inhaltlich ist diese uns vorgelegte Liste eine Liste von Grausamkeiten, wie sie meines Erachtens kein denkender und fühlender Mensch ernsthaft vorschlagen kann.

Für mich zeigt das, dass die beauftragte Firma ICG nur rein technokratisch und betriebswirtschaftlich vorging ohne zu berücksichtigen, dass die Stadt kein Unternehmen ist, sondern die Verwaltung eines Gemeinwesens, welche die Verantwortung für das Wohl der Bürger zu tragen hat. Die zehntausende von Euro, die diese Firma für diesen Humbug kassierte, wäre wohl der erste Posten gewesen, der eingespart werden hätte können.

Was ist nun mit dieser Liste passiert? Diese bereits vorselektierte Liste mit 44 Vorschlägen wurde als nächstes in einer Sitzung der Fraktionsvorsitzenden „durchgepeitscht“. Die Parteienvertreter sollten mit ja oder nein dazu Stellung beziehen. Es mag in der FPÖ-Fraktion Gepflogenheit sein, derartige schwerwiegende

Entscheidungen zu treffen ohne mit den Parteigremien Rücksprache zu halten – nicht aber in einer demokratisch strukturierten Partei. Eine Diskussion in den Parteigremien im Vorfeld der Sitzung war aber nicht möglich, weil wir hinsichtlich der Liste und der darin enthaltenen Einsparungssummen zur strengsten Verschwiegenheit verpflichtet wurden. Jedenfalls wurden in dieser Sitzung der Fraktionsobmänner von der Mehrheit bereits 16 sehr weitreichende Vorschläge durchgewunken: Beschlüsse, wie in der Kinderbetreuung das Personal auf die gesetzlichen Mindestanforderungen zu reduzieren. Die Subventionen für private Kindergärten zu verringern. Die Hilfe in belastenden Familiensituationen zu verringern. Das Budget für Frauen- und Gleichbehandlung zu reduzieren oder auch die Jugendherberge zu schließen.

Das heißt, in dieser „Husch-Pfusch-Aktion“ wurden bereits eine Menge Maßnahmen beschlossen, die jeweils zumindest einen Teil der Welser Bevölkerung erheblich zum Nachteil gereichen. Soweit so schlecht! Doch nun kommt auch noch die grandiose Bürgerbeteiligung ins Spiel. Laut Presseaussendung sollte eine repräsentative Auswahl von ca. insgesamt 60 Bürgern aus demjenigen Potenzial, über die sich die Politik nicht einigen konnte, fünf bis zehn Personen auswählen, die für eine Bürgerbefragung in Frage kommen. Es ist sicher keine einfache Aufgabe eine zufällige Auswahl aus der Bevölkerung zu treffen, die die diversen Altersgruppen, die Männer und Frauen gleichermaßen und den Migrationshintergrund berücksichtigt, also die Bevölkerung so abbildet, wie sie in ihrer Vielfalt eben gegeben ist.

Beispielsweise zeigt Vorarlberg aus der Vorbereitung der Bürgerräte, dass dies keine unlösbare Aufgabe ist eine solche Zufallsauswahl mit einem repräsentativen Querschnitt aus der Bevölkerung zu erstellen. Hier muss eine Firma ins Spiel gebracht werden, die das wirklich kann. Wer auch immer das in Wels machte, hat es jedenfalls nicht gekonnt, denn es meldeten sich viel zu wenig von den angeschriebenen Bürgern. Schließlich wurden die Parteien aufgefordert Leute zu nominieren. Das widerspricht dem Gedanken einer Bürgerbeteiligung, deshalb machten wir das nicht. Die Partei der Rathauskoalition aber offensichtlich schon, denn in der endgültigen Zusammensetzung gab es sehr viele bekannte Gesichter. Insgesamt sind weniger als 20 Personen zusammengekommen, darunter nur drei Frauen, keine Migranten und keine Jugendlichen. Von repräsentativ kann bei dieser Auswahl sicherlich nicht die Rede sein.

Aber nicht nur das dilettantische Vorgehen bei dieser sogenannten Bürgerbeteiligung ist zu kritisieren, sondern in diesem Fall das Vorhaben an sich. Bürger in Entscheidungsprozesse einzubinden ist grundsätzlich eine gute Idee, aber wenn es um die Einschränkung von Leistungen der Stadt geht, ist dies unseres Erachtens ein völlig ungeeignetes Instrument. Warum? Leistungen, die nur einer Minderheit zugutekommen, könnten von der daran nicht interessierten Mehrheit einfach aufgelassen werden. Das entspricht nicht der Forderung nach Minderheitenschutz. Einzelne Bevölkerungsgruppen haben völlig andere Interessenslagen und Bedürfnisse; ältere Menschen andere als junge, sozial Schwache andere als der Rest der Bevölkerung usw. Darüber abstimmen zu lassen, ob bei Kinderbetreuung und bei Sozialeinrichtungen gespart werden soll, ist daher äußerst unfair, da nur manche davon betroffen sind. Auch diejenigen, die mit Kultur nichts am Hut haben über das Kulturangebot abstimmen zu lassen, ist unfair. Genauso jene, die sich nicht mehr weiterbilden wollen über Einschränkungen bei der Volkshochschule. Das alles widerspricht unseres Erachtens der Forderung nach einer solidarischen Verteilung der Mittel unseres Gemeinwesens.

Bgm. Dr. Rabl: Mag. Teubl, ihre Redezeit ist zu Ende! Ihre zehn Minuten sind vorbei – bitte kommen sie zum Schluss!

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich habe nichts von einer Redezeitbeschränkung gehört.

Bgm. Dr. Rabl: Die Geschäftsordnung sieht vor, dass die Redezeit der Fraktionsvertreter auf jeweils zehn Minuten und die der Stadtsenatsmitglieder auf jeweils fünf Minuten beschränkt ist. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf § 11 der Geschäftsordnung des Gemeinderates. Es gibt bei der Aktuellen Stunde keinen Berichterstatter. Lieber Johnny, zu deiner Information, es gibt nur beim Initiativantrag einen Berichterstatter, nicht aber beim Dringlichkeitsantrag. Ich ersuche daher, zum Ende der Rede zu kommen, um alle gleich zu behandeln.

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich werde langsam zum Ende kommen. Bei solchen Fragestellungen werden die Bürger nicht eingebunden, sondern gegeneinander ausgespielt. Über Leistungskürzungen muss die regierende Koalition die Entscheidung treffen und sie vor den Bürgern verantworten. Wenn man sich vor dieser Entscheidung drückt, ist das Feigheit vor den Wählern. Anders kann das nicht ausgedrückt werden. Die gestellten Fragen sind zum Teil Wischi-Waschi-Fragen und zum Teil Fragen, die eigentlich nur Experten beantworten können. Es ist aus dieser Befragung jetzt ganz etwas anderes geworden, als ursprünglich geplant war.

Warum also gibt es diese Befragung? Es gibt sie, damit der Bevölkerung der Eindruck vermittelt wird, sie habe etwas mitzuentcheiden. Das ist aber nicht so. Diese fünf Fragen rechtfertigen in keiner Weise den Aufwand einer solchen Bürgerbefragung, die damit verursachten erheblichen Kosten, die bei der Bevölkerung nur für Kopfschütteln sorgt. Wir GRÜNE fordern daher einen sofortigen Stopp dieser Bürgerbefragung und die Rückkehr zu einem in der Demokratie üblichen Prozedere. Der Gemeinderat muss die ungefilterten Listen mit allen Einsparungsvorschlägen vorgelegt bekommen und dann in den zuständigen Ausschüssen sinnvoll erscheinende Sparmaßnahmen beschließen. Und wenn man dann die Bevölkerung befragen will, dann muss dies mit dem im Statut der Stadt Wels vorgesehenen Instrumenten, also einer Volksabstimmung oder einer Volksbefragung passieren und nicht mit einer informellen Bürgerbefragung, deren gesetzliche Legitimation äußerst fraglich ist.

Bgm. Dr. Rabl: Herr Gemeinderat Mag. Teubl, die Redezeit ist um 25 Prozent überschritten! Ich ersuche sie zum Ende zu kommen!

GR. Prof. Mag. Teubl: Auf alle Fälle müssen diese Entscheidungen nicht am Gemeinderat vorbei getroffen werden, sondern mit dem Gemeinderat. Wenn man den Gemeinderat dabei umgeht, zeigt man, was man von den Institutionen der Demokratie hält. Der Freiheitliche Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer sagte einmal: „Sie werden sich noch wundern, was alles geht“. Wir in Wels wundern uns jetzt schon. Aber wir nehmen nicht unwidersprochen zur Kenntnis, was passiert.

Applaus aus dem Publikum!

Bgm. Dr. Rabl: Meine Damen und Herren, es tut mir leid, aber Beifallsbekundungen sind unzulässig, genauso wie umgekehrt andere Bekundungen. Das gilt für alle hier vertretenen Fraktionen gleichermaßen und so steht es in der Geschäftsordnung.

GR. Ganzert: Lassen sie mich kurz an Mag. Teubl anschließen und die Chronologie dieser Struktur- und Aufgabenreform aus Sicht der Sozialdemokratischen Fraktion erklären. Dieses Thema kommt im Wahlkampf immer wieder unter dem Stichwort „Magistratsreform“ vor und jeder darf sich darunter vorstellen, was er gerne hätte. Hauptsache es wird gespart und geht effizienter. Wir als SPÖ-Fraktion wurden das erste Mal zu Beginn dieses Jahres eingebunden, und zwar zu einem Hearing der Beraterfirmen. Bei diesem Treffen waren neben dem Bürgermeister auch der Vorsitzende der Freiheitlichen Fraktion, ein Mitglied der Personalvertretung und aus dem Hause Magistrat Dr. Barth und Dr. Törek anwesend. Dabei wurden einige in Frage kommende Firmen präsentiert, die für die Stadt Wels ein Angebot über eine Struktur- und Aufgabenreform durchführen sollten. Ich selbst war für die SPÖ-Fraktion dabei. Dann war aber schon wieder Schluss mit der Einbindung anderer Fraktionen des Gemeinderates.

Laut Amtsbericht vom April gab es in Wiener Neustadt einen Lokalausweis, wo erst vor kurzem ein ähnlicher Strukturierungsprozess durchgeführt wurde. Dabei waren keine oder zumindest nicht alle Fraktionen des Gemeinderates eingebunden. Am 11. April erfolgte die Beschlussfassung im Welser Gemeinderat. Dabei wurde mehrheitlich (mit Stimmenthaltung der SPÖ) die Auftragsvergabe an die ICG und die KPMG beschlossen. Wir stellten damals ganz klar fest, dass es oberstes Ziel der öffentlichen Verwaltung sein muss, sich darum zu kümmern, sinnvoll mit Steuergeldern umzugehen und sich anzusehen, was es in der heutigen Zeit braucht. Wir haben immer angekündigt uns aktiv und mit entsprechender kritischer Begutachtung einbringen zu wollen und haben das unserem Empfinden nach sehr wohl getan. Daraufhin gab es immer wieder einige Lenkungsausschusssitzungen.

Herr Bürgermeister sagte von Anfang an, er benötige unbedingt ein Sparziel. Das heißt, die Firmen müssen wissen, wie viele Millionen eingespart werden sollen. Die SPÖ sagte, sie wolle zuerst Ergebnisse sehen, wissen wo wir uns bewegen und die Fakten auf den Tisch haben. Die FPÖ- und ÖVP-Fraktion einigte sich daraufhin auf ein Einsparpotenzial von 40 Mio. Euro und beauftragten die Firmen ICG und KPMG solange zu suchen bis diese Summe erreicht wird. Die Firmen fingen mit ihren Beratungen an - mit Informationen war leider Schluss. Die KPMG war im Magistrat und sah sich die Mitarbeiter und Dienststellen an. Die ICG arbeitete mit verschiedenen Arbeitsgruppen im Magistrat zusammen und sah sich Dienstleistungen und Ausgaben an. Am 15.07. fand ein Lenkungsausschuss statt, an dem Frau Vzbgm. Huber in meiner Vertretung teilnahm. Hier wurde auch die Einbindung der Bürger angesprochen. Selbst in der Unterlage ist von einer Volksbefragung die Rede.

Auch wir möchten bei wichtigen Themen die Bürger einbinden und sagten immer, wenn es zu einer Befragung kommt, muss es eine statutarische Volksbefragung sein. Das Statut der Stadt Wels regelt sowohl statutarische Volksbefragungen als auch Volksabstimmungen. So wie das jetzt geplant ist, ist es eine reine Alibibefragung. Am 22.07. fand eine Pressekonferenz mit dem Herrn Bürgermeister, Dr. Csar und mir statt. Ich zitiere aus dieser Presseaussendung „Struktur- und Aufgabenreform - Bürgerbefragung am 2. Oktober“, GR. Stefan Ganzert: "Auch für unsere Fraktion ist eine Aufgabenkritik und Überprüfung der Prozesse wichtig, daher werden wir uns aktiv am Reformprozess beteiligen. Bezüglich der vorgeschlagenen Methodik schlagen wir aber eine stärkere Einbindung von Welsern in den Beteiligungsprozess vor. Über wesentliche Punkte beziehungsweise Ergebnisse kann nur eine statutarisch geregelte

Volksbefragung durchgeführt werden." Das wurde bei dieser Pressekonferenz immer wieder unterstrichen, deshalb gibt es über unseren Standpunkt keine Unklarheiten.

Am 11.08 gab es erstmals eine Besprechung aller Fraktionen und der NEOS. Bisher waren meistens die FPÖ und ÖVP eingebunden. Die ICG machte 390 Potenziale in der Stadt Wels aus, wovon 175 als nachhaltig sinnvoll erscheinen und der Stadt Wels zur Diskussion vorgeschlagen wurden. An diesem Tag wurden den Welser Fraktionen aber knapp 50 Themen und Vorschläge vorgelegt. Frau MMag. Stefanie Rumersdorfer und ich pochten immer wieder darauf, die gesamte Liste mit den 175 Vorschlägen zu erhalten, um offen und ehrlich diskutieren zu können. Dieser Bitte ist der Herr Bürgermeister leider bis heute nicht nachgekommen.

Sie müssen sich vorstellen, es kommt eine mehrseitige Liste mit einer Kurzbezeichnung und einem Ergebnisverbesserungsvolumen bis 2020. Auf dieser ist beispielsweise angeführt: Sozialpsychische Beratungsdienste streichen 923.000 Euro. Herr Bürgermeister fragt die anwesenden fünf Parteien, ob wir das machen oder nicht. Woher aber kommt diese Zahl? Erst nach mehrmaligen Nachfragen kam heraus, es handelt sich dabei um die Zahl aus dem Voranschlag und nicht aus dem Rechnungsabschluss. Also nicht um die Zahl, die tatsächlich von der Stadt Wels dafür ausgegeben wird, sondern um die Annahme des Gemeinderates wir werden in diesem Jahr auf diese Summe kommen. Das zieht sich durch unendlich viele Punkte. Ich sah mir bei den Kollegen in Wiener Neustadt die Arbeitsweise der ICG an. Sie arbeiten strukturiert mit eigenen Excel-Listen und aus diesen wurde von ICG alles herausgeholt, das heißt Informationen, Kurzbeschreibungen und Auswirkungen. In Wiener Neustadt war die Weitergabe dieser Präsentation an die einzelnen Fraktionen kein Thema.

In Wels allerdings bekommt man nur eine kurze Liste, u.a. mit Sozialpsychische Beratungsdienste streichen, ohne zu wissen was damit genau gemeint ist. Welche Zuschüsse gibt das Land? Betrifft das vielleicht Dienstverhältnisse, die nicht aufgekündigt werden können? Was wären die allfälligen Konsequenzen? Mit all diesen Punkten wurde in diese Sitzung gegangen und ein „Ja“ oder „Nein“ gefordert. Es wurde ein Ampelsystem eingeführt, wobei bei Grün wir uns alle einig sind, bei Gelb gibt es noch Gesprächsbedarf und Rot kommt bei uns nicht in Frage. Die SPÖ sagte bei keinem dieser vorgelegenen Punkte „Ja“ oder „Nein“. Wenn wir nicht alle 175 Punkte haben und nicht die volle Transparenz gegeben ist, sind wir gar nicht in der Lage dieses oder jenes zu streichen, weil wir nicht wissen, ob die ICG alles erforscht und herausgearbeitet hat. Deshalb wurde „Gelb“ als weiterer Gesprächsbedarf festgehalten. Das führte dazu, dass andere Fraktionen behaupten wir wären für die Schließung von Tagesheimstätten, für die Abschaffung des Aktivpasses und wir wären für die Schließung der Jugendherberge usw. Das ist natürlich alles falsch. Die Punkte dieser Liste stehen für die SPÖ nicht zur Debatte und zur Diskussion, nicht weil sie in der angeführten Form fehlerhaft und falsch aufgelistet sind, sondern weil sie am falschen Punkt ansetzen.

Im Laufe dieser Sitzung wurden in diese Liste immer wieder Punkte aufgenommen, wie die Streichung der Kameradschaftskasse der Welser Feuerwehr, die Streichung der Zuschüsse für die Landesmusikschule Wels, die Übertragung der Volkshochschule an einen anderen Rechtsträger, die Streichung der Ordnungswache, die Schließung des Sozialpädagogischen Tageswohnens, die Prüfung der Führung eines Heimes zur Kinderunter-bringung usw. Das hat bewiesen, dass es sich bei dieser vorgelegenen Liste um einen willkürlichen Vorschlag, eine Vorselektierung des Bürgermeisters aus diesen

175 oder den 390 erarbeiteten Vorschlägen der ICG handelt. Der Bürgermeister sagt einfach über diese oder jene Punkte bin ich heute bereit mit euch zu sprechen. Das sind meine Verhandlungspunkte, die ICG leistet etwas, präsentiert es, und ich filtere heraus - darüber wird heute gesprochen. Das ist mehr als unfair, da der Gemeinderat 180.000 Euro an Beraterhonorar beschloss und wir hier anscheinend gar kein Recht haben das Ergebnis dieses Prozesses zu erfahren bzw. Einsicht zu erhalten.

Von der ÖVP und FPÖ kam immer der Vorwurf, die SPÖ bringe sich nicht ein, habe keine Vorschläge. Aber es gibt gar keine Sparvorschläge über die geredet werden könnte. Es kommt dann weiters der Vorwurf, die SPÖ habe schlecht gewirtschaftet, weswegen es diese Befragung jetzt gibt. In mindestens drei Sitzungen dieser Periode sprachen wir nur darüber, wie wir die 72 Mio. Euro durch den Verkauf der Anteile der Sparkasse verwenden könnten. Dieses Geschenk, diese Mitgift, dieses Verhandlungsergebnis stammt sehr wohl von einer SPÖ geführten Regierung in unserer Stadt. Es wäre mehr als unseriös die objektiv geleistete Arbeit der ICG nicht zur Verfügung zu haben und als Fraktion einfach einige Beispiele der vorliegenden Punkte auszuwählen.

Bgm. Dr. Rabl: Lieber Stefan, deine Redezeit ist vorbei!

GR. Ganzert: Danke für die Erinnerung. Ich werde wie Kollege Mag. Teubl versuchen noch kurz zu Ende zu kommen. Auf alle Fälle gipfelt sich das Ganze nun in einer Bürgerbefragung. Darüber haben wir in einem weiteren Tagesordnungspunkt noch Möglichkeiten zu sprechen. Das führte zu einer erzwungenen Verknappung auf 2. Oktober und alles in der Stadt Wels musste sich der geplanten Bundespräsidentenwahl unterordnen.

Diese kontinuierliche Intransparenz und die spärliche und auch nur willkürliche Information der Fraktionen hat die SPÖ, die GRÜNEN und die NEOS dazu getrieben, heute auf die Abhaltung einer weiteren Gemeinderatssitzung zu pochen. Der Herr Bürgermeister hat eine strikte Leseart betreffend Geschäftsordnung des Gemeinderates. Wir hätten gerne über vieles mit ihnen diskutiert

Bgm. Dr. Rabl: Lieber Stefan, du hast noch genug Möglichkeiten darüber zu diskutieren.

GR. Ganzert: Der Herr Bürgermeister nimmt manches sehr ernst, manches nicht so ernst. Ich ersuche um eine rege Diskussion und freue mich schon auf eine weitere Debatte beim 1. Tagesordnungspunkt.

StR. Reindl-Schwaighofer: Ich melde mich zur Aktuelle Stunde in meinem Wirkungskreis. Die vorgelegten Fragestellungen kommen im Wesentlichen aus dem Verkehrsressort und aus dem Bereich Kultur und Bildung. Ich möchte beim Thema Kultur und Bildung versuchen zu erklären, warum diese Bürgerbefragung - nicht die Bürgerbefragung per se, sondern diese Fragen - noch dem gesamten Prozess den Gipfel aufsetzt. Bei diesen in unserer Stadt seit Monaten darüber geführten Diskussionen hat sich die SPÖ-Fraktion auch in den Positionierungsprozess zum Wohle der Bürger eingebracht und das in den verschiedenen Arbeitskreisen und Tagungen bewiesen. Gebraucht wurde die Kooperation immer nur, wenn der Bürgermeister sich dachte, er braucht sie wieder.

Für mich schaut Kooperation anders aus. So, wie es beispielsweise in Wiener Neustadt vor sich ging. Dort haben alle Fraktionen alle Informationen bekommen und auf Basis dieser gesamten Informationen gemeinsam versucht zu diskutieren welche Punkte eingespart werden sollen. Wir hätten uns viele Diskussionen in der Bevölkerung erspart, wenn der Bürgermeister bereit gewesen wäre, diesen immer wieder einfordernden Dialog auch selber zu leben. Dann hätten wir schon vorher darüber diskutieren können, dass eine aberwitzige Zahl von 900.000 Euro zum Thema Sozialpsychische Beratungsdienste gar nichts auf einer Liste zu suchen hat. Genauso wenig wie die 500.000 Euro für die Kameradschaftskasse der Feuerwehr. Das wäre nicht passiert und wir hätten uns mit Dingen auseinandergesetzt und diskutiert, die im Wesentlichen Sinn gemacht hätten.

Jetzt wird unter dem Spardiktat versucht darzustellen, dass wir zu viel Kultur in der Stadt haben. Es wird in Frage gestellt eine Kulturstadt zu sein, ein wesentliches Ausdrucksmerkmal für unsere Stadt und ein Impuls unserer Wirtschaft und Arbeitsplätze. Der ÖVP-Fraktion möchte ich den Hinweis geben, bei den in der vorigen Woche präsentierten Presseunterlagen des Landeshauptmannes ist herauslesbar, dass die Kulturinvestitionen im Wesentlichen Investitionen für den Wirtschaftsstandort sind. Wenn ich darüber reden muss, dass Festivals oder andere Veranstaltungen von der Stadt Wels im Kulturbereich umstritten sind, stellt sich die Frage, ob irgendwer in der Gesellschaft Zusammenhänge erkennt? Welche Merkmale braucht ein Standort, wenn die Wirtschaft eine gute Entwicklung möchte? Das ist nur eines dieser Beispiele.

Wenn wir darüber abstimmen wollen, ob wir ein Volkshochschulangebot in dieser Form brauchen, bin ich der Meinung, wir können in diesem Bereich sparen. Ich spreche schon monatelang mit Dr. Rabl darüber die Volkshochschule kostendeckender zu führen. Wir haben es auch schon einmal versucht. Es gab bereits eine Kooperation mit der Volkshochschule der Arbeiterkammer. Als erstes wurde, nachdem die FPÖ und die ÖVP 2009 die Mehrheit im Gemeinderat hatten, diese Kooperation aufgekündigt und dieses Sparpotenzial von mindestens 100.000 Euro pro Jahr einfach in den Wind geschossen. Das sind die Dinge, auf die sich alle dann nicht mehr gerne erinnern.

Bgm. Dr. Rabl: Bitte, lieber Johnny, komme zum Ende, deine fünf Minuten sind leider vorbei. Gerade wenn es um deinen Geschäftsbereich geht, ist die Begrenzung notwendig.

StR. Reindl-Schwaighofer: Es gibt eine Außerstreitstellung; in dieser steht, dass wir uns gemeinsam bemühen werden, die Volkshochschule kostendeckend zu führen. Seit der letzten Wahl habe ich mehrmals zu vereinbaren versucht, das Projekt Volkshochschule gemeinsam anzugehen. Wer war nicht bereit dazu? „Jetzt nicht“, „ein bisschen später“ hieß es immer, und jetzt stimmen wir darüber ab. Die Bevölkerung weiß gar nicht worüber sie abstimmen soll. Stimmt sie ab über höhere Kursbeiträge oder über die Schließung von Zweigstellen? Es ist eine Farce Bildung in dieser Form einer Abstimmung zu unterziehen. Wer bei der Kultur spart, der spart am falschen Fleck. Ich zitiere den Herrn Landeshauptmann: „Kultur ist teuer, aber viel teurer ist die Unkultur.“, die gerade jetzt bei uns in der Stadt einzieht.

Vzbgm. Huber: Da du, Herr Bürgermeister, heute die Geschäftsordnung wirklich sehr strikt auslegst, werde ich mich auf meinen Geschäftsbereich zurückziehen. Ich möchte zu diesem zweiten Lenkungsausschuss etwas sagen. Da ich dich schon so lange kenne, wirst du es sicher erwähnen. Ja, die SPÖ findet eine Bürgerbeteiligung in

Ordnung und hatte so einige Bedenken, wie die Fraktionen eingebunden werden, welche Fragen gestellt werden etc. Ich rief dich an und sagte, dass wir eine statutarisch festgelegte Volksbefragung wollen. Denn wir wollten keine Befragung wie beim Logo der Stadt Wels, wo einige wenige darüber entschieden.

Nun zu meinem Bereich. Ich glaube, diese Befragung und die Fragen sind einfach Willkür. Die Zahlen der Einsparungen sind sehr undurchsichtig und in vielen Fällen nicht nachvollziehbar. Warum wurde so ein kostspieliger Prozess angegangen, wo es doch um eine Aufgabenstrukturreform gehen soll, wenn die Bürger dann lediglich zwei Fragen bezüglich Einsparungen – bei den anderen geht es um Mehrkosten - beantworten sollen? Zuerst hieß es bei den Top-Potenzialen die Produktgruppe „Frauen, Gleichbehandlung“ in der Höhe von 536.000 Euro sei zu streichen. Dann wurde abgeschwächt und eine Evaluierung mit der Begründung von zu wenig Außenwirkung festgelegt – Einsparungspotenzial 242.000 Euro. Wer hat diese Feststellung der Außenwirkung getroffen? Es gibt dazu einen noch nicht veröffentlichten Frauenbericht, in dem auf Seite 45 steht: „Als besondere Stärke sehen die befragten Einrichtungen die Arbeit des Büros für Frauen, Gleichbehandlung und Integration in der Stadt Wels. Die Stadt Wels ist hier auf einem guten Weg. Die Fortsetzung der Gleichstellungsmaßnahmen, Förderung frauenspezifischer Stütz- und Beratungsfunktionen rangieren an erster Stelle.“

Gleichzeitig wurde darauf vergessen, dass in dieser Gruppe auch die Integration enthalten ist. Wird im Voranschlag für 2016 der Abgang von 316.000 Euro angeführt, so sind in dieser Summe auch die Personalkosten – mit der Integration – enthalten. Ich dachte immer, die Integration sei ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt dieser Stadtregierung. Aber wenn von 331.000 Euro 242.000 Euro eingespart werden sollen, weiß ich nicht, was dann noch gemacht werden kann. Oder wird das Büro vielleicht doch aufgelöst. Eine kleine Hoffnung habe ich noch, weil im vorletzten Amtsblatt der Bürgermeister die Frauen-Chancen-Gleichheit für sich entdeckte. Ich hoffe sie bekommt die entsprechenden Ressourcen und den entsprechenden Stellenwert. Eine logische Konsequenz kann nur der Fortbestand dieses Frauen- und Integrationsbüros sein.

Noch unverständlicher werden die ausgewiesenen Zahlen dann beim Tierheim. Laut Erzählungen von Altbürgermeister Dr. Koits bist du, als du Referent für das Tierheim warst, händeringend zu ihm gegangen und hast gefordert, dass der Magistrat das Tierheim doch selbst führen soll. Jetzt soll es einem Verein übertragen werden - Einsparungspotenzial 268.500 Euro. Das ist der Zuschussbedarf. Nachträglich sagtest du mir dann – bei den Gesprächen darf die zuständige Referentin nicht dabei sein -, dass es dazu ganz klare Vorstellungen, wie Bereitstellung von Personal, Rückstellungsvertrag, Räumlichkeiten, Barsubvention etc. gibt. Wir reden von 170.000 Euro Sach- und Personalleistungen. Die Barsubvention wurde noch nicht definiert. Ich weiß nicht, wie wir hier zu einer Einsparung von 268.500 Euro kommen sollen. Aber sehr wohl rechnest du all diese Summen in die von dir angekündigten Einsparungen von 3,5 Mio. Euro hinein. Sehr plakativ, aber leider falsch.

Dann gibt es noch geplante Einsparungen im Tiergarten von 10 Prozent und hoffe, es trifft nicht jene Mitarbeiter aus Sozialeinrichtungen, die dort ihren Lebensinhalt finden und mit voller Freude arbeiten. Den sozialen Zugang vermisse ich in letzter Zeit.

Mein letzter Punkt betrifft die Mitarbeiterreduktion bei hohen Krankenständen. „Entlassen“ steht auf der Liste der Top-Potenziale und gleichzeitig „Gesundheitsprojekte für Mitarbeiter auflassen“. Eigentlich eine Ironie. Die Mitarbeiterentlassung ist jetzt nirgends mehr zu finden, aber die Gesundheitsprojekte für Mitarbeiter zu evaluieren steht auf der Ja-Liste. Das Einsparpotential von 118.000 Euro muss mir jemand erklären, denn wenn es aufgelöst oder evaluiert wird, wie sollen da 118.000 Euro eingespart werden?

StR. Hoflehner: Mir als Verkehrsreferent fällt es am Leichtesten, wenn die Frage zum eigenen Wirkungskreis gestellt wird, weil überraschenderweise 60 Prozent oder drei der fünf Fragen in den Verkehrsbereich fallen. Ich habe zur Genese dieser Fragen einen ähnlichen Informationsstand wie die meisten in diesem Saal. Am 1. September erfuhr ich, dass diese Fragen überhaupt zur Disposition stehen. Habe dann in kürzester Zeit miterleben müssen, wie sich die Fragen und deren Ausformulierungen geändert haben. Sarkastisch könnte gesagt werden, ich sei ein Nutznießer.

Ich kritisiere die Art und Weise des Zustandekommens dieser Befragung sowie die dilettantische inhaltliche und methodische Aufarbeitung dieser Fragen - das um sehr viel Geld, unter dem Aspekt des Sparens und auf dem Rücken der Bürger. Ich frage dich, Herr Bürgermeister, und die Mitunterstützer, die ÖVP, ob das die neue politische Positionierung in Wels, die Form von Zusammenarbeit ist? Demokratiepoltisch ist das zu kritisieren - ich kann nur staunen. Es gibt außer der viel zitierten Schweiz auch in Österreich viele Beispiele wie Bürgerbeteiligung aussehen kann, sodass Bürger auch das Gefühl haben, sie würden um ihre Meinung und ihre Entscheidung gefragt werden.

Am 5. September wurde ich als Zuhörer von einem Mitarbeiter der ICG aufgeklärt, meine Aufgabe bestehe darin, zu lauschen und zu lernen. Ich kann den Bürgermeister nur beglückwünschen, denn er hat sich als Person und mit seiner ganzen Wortgewalt in die Waagschale geworfen und diese Bürgerbeteiligung auch noch zu einem Prozess gebracht. Das führte zur Irritation der ICG, die gar nicht wusste, dass andere Fragen als die sieben gestellten auch behandelt hätten werden können.

Was ist für mich als Verkehrsreferent wichtig? Die Fragen, die aus dem Verkehrsbereich gestellt werden, sind schon längst in Bearbeitung. Es gab eine Steuerungsgruppe, die von meinem Vorgänger dankenswerterweise gemeinsam mit der ewwag und der Linie Wels ins Leben gerufen wurde. Dort gab es letztendlich schon Ergebnisse, die politisch besprochen wurden. Ende Juni kehrte dazu Stille ein, bis der Abendbus mit der Tangentiallinie auftauchte. Wobei bei der Bürgerbeteiligung viele Menschen sich die Tangentiallinie erklären lassen mussten.

Zur Einbahnöffnung Eisenhowerstraße kann ich nur sagen, als eine meiner ersten Handlungen als Verkehrsreferent habe ich Herrn Baudirektor gebeten in dieser Frage mit dem Land Oberösterreich Kontakt aufzunehmen, um zu prüfen, ob überhaupt eine Möglichkeit zur technischen Machbarkeit gegeben ist. 2006 - im letzten Verkehrskonzept unter meinem Vorgänger Roman Strassl - wurde das verneint. Inzwischen vergingen 10 Jahre, daher besteht ein gewisser Anlass das tatsächlich wieder prüfen zu lassen. Aber auch dort liegt schon fast ein Ergebnis vor und taucht jetzt in dieser Bürgerbefragung auf.

Ich verstehe diesen Zeitdruck nicht, glaube aber, dass Bürgerbeteiligungen eine zukunftssträchtige Sache sind. Wir müssen hier das Rad nicht neu erfinden, sondern

können uns viele Dinge anschauen, die sehr erfolgreich in anderen Gemeinden und Strukturen laufen. Der Bürgermeister zitierte schon einmal die Energie AG, in der ganz vorbildlich Bürgerbefragungen und Bürgerbeteiligungen gemacht werden. Als Verkehrsreferent, als politisch denkender Mensch möchte ich sagen, dass mir Bürgerbeteiligung unheimlich wichtig ist. Und wenn ich sehe, es wird hier aus welchen Gründen auch immer eine Sache vergeigt, könnte ich jammern, sudern oder sonst etwas machen. Nein, ich fordere die anwesenden Bürger und alle Welser auf, nicht aufzugeben, sich weiterhin zu beteiligen und dafür zu sorgen, dass Bürgerbeteiligung in Wels nicht nur ein Schlagwort ist, sondern mit Inhalt gefüllt wird. Wenn wir morgen - wenn wieder alles vorbei ist - wieder als repräsentative Vertreter der Welser sprechen, dann gilt mein Zusammenarbeitsangebot natürlich selbstverständlich auch in diesem politischen Kontext.

GR. LAbg. Dr. Csar: Aus Sicht der ÖVP-Fraktion möchte ich auch eine Position beziehen und einiges klarstellen. Dieser Bürgerbefragung stimmten wir zu und gestalteten diese mit. Sie ist ein erster Schritt für die intensivere Beteiligung der Welser in der Stadtpolitik und für die Neugestaltung von Wels. Diese Neugestaltung ist notwendig, deshalb gingen wir in eine Koalition mit der FPÖ, um hier wesentliche Punkte neu aufstellen zu können. Daher stimmten wir zu, dass mit der ICG und mit der KPMG ein Aufgaben- und Strukturreformprojekt angegangen und intensiv darüber diskutiert wird. Mit der ICG wurde festgelegt einige Vorschläge zu erstellen - diese wurden aufgelistet. Von den Vorschlägen war ich etwas enttäuscht – ich hätte mir mehr erwartet.

Für mich ergaben diese Vorschläge ein Abbild des Voranschlages. Wo sind die meisten Ausgaben und wo kann etwas gespart werden? Deshalb ging die Aufgabe wieder zur Politik zurück, damit sich diese intensiv damit auseinandersetzt. Die Bürgerbefragung ist notwendig, um die Bevölkerung mitzunehmen. Bei dieser Bürgerbefragung steht nicht im Vordergrund eine Gruppe gegen die andere auszuspielen, eine Gruppe über die andere abzustimmen oder die Mehrheit sagt, was die Minderheit nicht machen darf – ganz im Gegenteil. Diese verantwortliche Aufgabe übernimmt die Politik und haben wir sie in der Koalition auch dementsprechend wahrgenommen. Deshalb wurden die Fragen in dieser Hinsicht formuliert.

Das Ergebnis sind fünf Fragen mit Beteiligung eines ausgewählten Personenkreises. Davon gibt es drei Fragen über Verkehrsthemen, wobei es sich dabei um keine Einsparungen, sondern um Gestaltungsfragen handelt. Eine Frage wird über den Kulturbereich und die VHS gestellt. Die ÖVP führte viele Jahrzehnte das Kulturressort, deshalb liegt uns die Kultur besonders am Herzen. Wir bekennen uns zur Kultur in der Stadt Wels. Die Frage lautet: Sollen Veranstaltungen im Kulturbereich nur mehr teilweise von der Stadt Wels selbst durchgeführt werden? Wo werden Fragen über Kürzungen, Einstellungen von Kulturveranstaltungen gestellt? Dass eine Gruppe gegen die andere ausgespielt werden soll, finde ich nicht.

Frage zwei: Soll die Stadt Wels den Verlust der Volkshochschule erheblich reduzieren? Wo finden sie eine Frage, dass die VHS nicht mehr existieren oder kostendeckend geführt werden soll, wie es Kollege StR. Reindl-Schwaighofer verlangte? Kostendeckend heißt, die Einnahmen und Ausgaben müssen zumindest gleich sein. Das heißt, die Kursgebühren müssten erhöht werden, damit die Ausgaben, wie für Gebäude und Honorare der Vortragenden, bedeckt werden können. Zurzeit hat die VHS ein Alleinstellungsmerkmal, wir können Kurse kostengünstig anbieten. Daher auch die

Frage, ob wir Kosten und Verluste reduzieren können? Herr StR. Reindl-Schwaighofer sagte schon, dass es möglich ist die VHS effizienter, billiger und kostendeckend zu führen (mit der Arbeiterkammer zusammenführen). Soweit gehen wir gar nicht. Wir möchten die Kosten reduzieren. Es ist legitim und politisch verantwortungsvoll zu schauen, welche vielleicht nicht mehr gerechtfertigten Kosten minimiert werden können. Das ist von uns Politikern, die Verantwortung übernehmen wollen, zu verlangen.

Es ist kein Paket der Grausamkeiten, die zur Bürgerbefragung angeboten werden, sondern es sind fünf Fragen, die gewisse Bereiche in Wels gestalten sollen. Es soll keiner dadurch einen Nachteil erhalten dahingehend, weil wir das VHS-Angebot auflösen oder vereinzelte Kurse gestrichen werden. Diese Angstszenerien stimmen nicht und ich kann allen versprechen, dass die ÖVP-Fraktion sich hundertprozentig zur Kultur bekennt.

Es wird immer wieder der Zeitdruck erwähnt. Wir legten von Anfang an einen Zeitplan fest - dieser soll auch eingehalten werden. Es ist eine gewisse Rechtssicherheit für die Bevölkerung, damit man weiß wann die Bürgerbefragung durchgeführt wird. Der Zeitplan wird unabhängig von der Bundespräsidentenwahl eingehalten, damit wir ein Ergebnis vorliegen haben. Anhand dieses Ergebnisses kann eine Evaluation der Bürgerbefragung durchgeführt und Verbesserungen für eine spätere Bürgerbefragung erarbeitet werden, denn keiner ist gefeit davor etwas zu verbessern.

Aber zu sagen, wegen der verschobenen Bundespräsidentenwahl verschieben wir auch unseren Prozess, halte ich für nicht notwendig und sinnvoll. Die hier immer wieder in den Raum gestellte statutarische Volksbefragung bzw. Bürgerbefragung ist eine Möglichkeit. Eine Volksbefragung ist nicht bindend, eine Volksabstimmung schon. Beide im Statut vorgesehenen Instrumente sind sehr aufwendig. Die Bevölkerung müsste wieder das ganze Prozedere durchmachen, wir müssten die Befragungskommission entsprechend beschicken, d.h. die Bevölkerung müsste dieser Kommission in ausreichender Anzahl beiwohnen, zur Befragung und zur Auswertung des Ergebnisses zur Verfügung stehen.

Es ist wichtig, dass besonders unter Hinblick auf das Bundespräsidentenwahlergebnis hier keine Fehler unterlaufen und die bürokratischen Formerfordernisse eingehalten werden. Insbesondere die Kosten sind bei der statutarisch durchzuführenden Volksbefragung höher, weil es mehr Kommissionen gibt und das Verfahren aufwendiger ist. Alleine die online-Befragung wäre bei einer statutarmäßigen Befragung nicht möglich gewesen. Auch das bringt eine Kostenersparnis. Die Kosten sind überblickbar. Die Vorgangsweise ist klar und deutlich, mit der die Bevölkerung erstmals die Möglichkeit bekommt sich auch zu beteiligen. Ich denke, das entsprechende Interesse muss erst geweckt werden.

Dieser „Sondergemeinderat“ soll der Bevölkerung die Möglichkeit einräumen das Interesse dafür zu bekommen. Ich hoffe die Welser nehmen daran teil und wenden sich nicht frustriert ab, weil viele politische Mitbewerber das anders sehen. Es sollte das Interesse an der gemeinsamen Gestaltung von Wels im Vordergrund stehen für eine positive Zukunft.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Es ist das erste Mal in der Geschichte der Stadt Wels, dass ein derartige Sondersitzung beantragt wurde. Ob das Thema dazu geeignet ist, darüber kann man selbstverständlich streiten. Tatsache ist, es ist ein demokratisches Recht, das in den Gesetzen und einschlägigen Richtlinien festgelegt ist. Natürlich halte ich mich an derartige Bestimmungen.

Warum kommt es überhaupt zu dieser Situation? Die Stadt Wels hatte 2008 noch Schulden von 14 Mio. Euro, 2015 waren es bereits 70 Mio. Euro. Die Stadt Wels hatte schon mehrfach Schulden in Millionenhöhe und verkaufte darum immer wieder verschiedene Unternehmensbeteiligungen oder Vermögen der Stadt. Das begann beim Verkauf des Kanals an das E-Werk um 400 Mio. Schilling, dem Verkauf der Wels-Strom mit 49 % um hunderte Millionen an die Energie AG, dem Verkauf sämtlicher Magistratswohnungen um mehr als 10 Mio. an die Heimstätte und ging bis zum Verkauf der Sparkassenanteile.

Alle Verkaufserlöse, die es gab, sind verpufft. Alle! Ganz im Gegenteil, wir stehen mit 70 Mio. Euro Schulden da. Es kommen jedes Jahr - je nach Höhe der Investitionen - ca. 5 bis 15 Mio. Euro Schulden dazu, weil wir nicht in der Lage sind aus unseren normalen Einnahmen Investitionen abzudecken. Das heißt, alles was wir investieren, müssen wir weit überwiegend auf Schulden machen. Das ist eine Entwicklung, die mir Sorgen bereitet, weil sie die Zukunft unserer Kinder erheblich anknabbert. Irgendjemand muss diese Schulden zurückbezahlen. Derzeit haben wir keine Beteiligungen mehr, die wir verkaufen könnten. Natürlich könnte jemand sagen, wir verkaufen die ewwag, weil das noch Geld bringen würde. Das ist richtig, aber damit verkaufen wir in Wirklichkeit die Versorgung der Bevölkerung. Die Versorgung unserer Bevölkerung mit Wasser, Strom, Kanal und Licht usw. Ein Weg, gegen den ich mich jedenfalls stellen werde und will, weil ich nicht bereit bin, die Zukunft unserer Stadt, unserer Kinder aufs Spiel zu setzen.

Kollege Ganzert, auch dir würde es gut tun ein bisschen zuzuhören und nicht zu tratschen, weil das im Gemeinderat nicht so üblich ist! Es ist außerdem ein Zeichen von Respekt.

Es gibt aus meiner Sicht daher nur zwei Möglichkeiten. Entweder es werden die Ausgaben gesenkt oder die Einnahmen erhöht. Eines war uns klar, dass Gebührenerhöhungen, wie in Linz oder Wien, für uns nicht in Frage kommen, weil wir nicht wollten, dass die Bevölkerung noch mehr mit Betriebskosten belastet wird, als sie jetzt ohnehin schon ist. Wenn in Linz derzeit die Parkgebühren zwei Euro in der Stunde ausmachen und in Wels im Idealfall mit einem Euro drei Stunden geparkt werden kann, dann sieht man hier am eklatantesten diesen Unterschied. Das macht sich natürlich an der Müllgebühr, der Wassergebühr usw. bemerkbar, die in Wels sehr moderat gehalten wurden. Eine Gebührenerhöhung kam für uns nicht in Frage.

Entweder wir sparen oder wir machen Schulden so wie bisher. Wobei die Möglichkeit zwei für uns und auch für die ÖVP nicht in Frage kam. Im Übrigen bekannte sich auch die SPÖ dazu keine weiteren Schulden machen zu wollen oder nur in wirtschaftlich schwierigen Ausnahmefällen. Nur, derzeit ist es nicht wirklich wirtschaftlich so schwierig, um unbedingt Schulden machen zu müssen, weil eine richtige Krise gab es im Jahr 2008 und nicht im Jahr 2016. Es ist für einen frisch gewählten Bürgermeister nicht angenehm gleich im ersten Jahr solche Struktur- und Aufgabenreformen umsetzen zu müssen. Viel lieber wäre es mir die 70 Mio. Euro aus dem Verkauf der Sparkassenanteile zu nehmen und den Bürgern etwas dafür zu kaufen und sie zu

belohnen für ihre fleißige Arbeit. Das wäre zu Recht. Ich baue etwas und kümmere mich nicht um die Kosten, weil es mir egal ist. Mit den 70 Mio. Euro würde ich problemlos sechs Jahre auskommen. Ich würde keine neuen Schulden machen, aber das Geld wäre wieder verbraucht und wir würden in sechs Jahren dort stehen, wo wir jetzt auch stehen - nämlich auf einem Berg Schulden, aber mit wesentlich weniger Vermögen. Als verantwortungsvolle Politiker sind wir dazu gewählt, um zu handeln und Entscheidungen zu treffen. Und nichts anderes habe ich getan.

Wir erkannten, dass wir in dieser Stadt ein Sparziel haben sollten. Wir müssen sparen, weil wir sonst über kurz oder lang alles verkaufen müssen. Wiener Neustadt, eine ebenfalls 70-Jahre SPÖ geführte Stadt, musste in der Zwischenzeit die Altersheime verkaufen und die Freibäder schließen, weil die SPÖ nicht ordentlich wirtschaftete. Ich will nicht in die gleiche Situation kommen, weil das tatsächlich verantwortungsloses Handeln zu Lasten der Bürger und vor allem der nächsten Generation ist. Ich möchte als Stadt schon noch eigene Altersheime haben, wo unsere Bürger und Senioren in Würde und Ruhe ihren Lebensabend verbringen können. Außerdem möchte ich noch Kindergärten haben, in denen die Kinder umsorgt sind und wo die Eltern wissen, sie können ohne Sorgen arbeiten gehen, weil ihre Kinder dort gut aufgehoben sind. Diese Ziele muss eine Stadt nachhaltig erfüllen.

Ich würde mich belehren lassen, wenn mir jemand von der SPÖ sagen würde, wir sollen da oder dort sparen. Dann würde ich sagen: Ja, passt! Aber die SPÖ oder die GRÜNEN machten keinen einzigen Sparvorschlag und es gab kein einziges Thema, über welches geredet werden könnte. Außerdem kamen keine Vorschläge zur Befragung der Bürger, obwohl ich mehrfach fragte, ob die SPÖ nicht irgendeine Frage stellen will. Dann zu sagen, wir machen alles besser und wir wollen eine Volksabstimmung, die nur über einen Gemeinderatsbeschluss möglich ist, ist leicht. Allerdings wissen wir gar nicht, was wir abfragen wollen - das ist eine Farce gegenüber dem Bürger. Da geht es dann nur mehr darum, Brachial- und Fundamentalopposition zu betreiben und zu sagen, dass der Bürgermeister, die Freiheitlichen und die ÖVP auf keinen Fall einen Erfolg haben dürfen. Die dürfen auf keinen Fall sagen, sie müssen etwas ändern in dieser Stadt. Wir sind gewählt, um etwas zu verändern. Das ist der Punkt, den ich hier erklären möchte.

Wo haben wir konkret gespart? Wir beschlossen in einer Runde der Fraktionsobmänner bzw. der Vertreter der Parteien diese Top-50-Einsparungsliste. Auf diese Liste kamen die 50 größten Einsparpotenziale, welche die ICG herausfilterte. Das heißt, die ICG sagte, dass wir hier am meisten, am zweitmeisten, am drittmeisten etc. sparen. Das war die Liste und ich mischte mich bei dieser Listenerstellung nicht ein. Natürlich stört die SPÖ diese Liste. Wie kommt die ICG zu diesem Einsparungspotenzial, denn ich rechnete mir nicht die Einsparpotenziale von 390 Maßnahmen aus. Würde ich das als Bürgermeister selbst machen, hätte ich meinen Job verfehlt. Dazu habe ich ein Beratungsinstitut, das mir sagt wieviel ich pro Maßnahme einsparen kann. Nichts anderes hat die ICG getan.

Ein Institut, das von der SPÖ gewünscht wurde. Auch die Gewerkschaft wollte die ICG, weil die ICG Erfahrungen hatte in Wiener Neustadt, in St. Pölten, Villach, Klagenfurt, Bruck an der Mur, in Graz usw. Das heißt, sie waren hoch erfahren in der Bürgerbeteiligung, hocheffizient an der Akquise dieser Einsparungspotenziale. Sie wussten worauf sie achten müssen. Errechnet wurden die Einsparungspotenziale übrigens gemeinsam mit den Beamten. Mir jetzt vorzuwerfen nicht die ganze Liste vorgelegt zu haben, darf ich sagen, 390 Maßnahmen in jeder Einzelheit valide und

richtig auszurechnen ist unglaublich viel Arbeit. Daher konzentrierten wir uns auf diese 50 Top-Punkte. Ich möchte nicht, dass die Bevölkerung abstimmt über Maßnahmen, die 500 oder 1.000 Euro bringen. Wenn schon, dann muss es ein großer Brocken sein, über den abgestimmt werden soll, weil sich sonst die Bevölkerung nicht einbezogen fühlt. Es heißt dann, dass er uns über diese Kleinigkeit abstimmen lässt, aber die großen Brocken sind strittig.

Zwischenruf StR. Reindl-Schwaighofer: Deine 10 Minuten sind um!

Bgm. Dr. Rabl: Lieber Johnny, lies bitte die Geschäftsordnung! Dort steht, dass diese 10-Minuten-Beschränkung für den Bürgermeister nicht gilt. Ich weiß, das tut dir weh, aber wenn du Bürgermeister bist, nimm dieses Recht bitte für dich in Anspruch. Du musst die Geschäftsordnung in diesem Zusammenhang lesen lernen.

Zwischenruf GR. Prof. Mag. Teubl: In der Geschäftsordnung steht auch, dass die Aktuelle Stunde nach einer Stunde jedenfalls zu Ende gebracht werden muss.

Bgm. Dr. Rabl: Nein, es steht, dass sie der Bürgermeister nach zwei Stunden beenden kann.

Vzbgm. Kroiß: Darf ich sie jetzt ersuchen, die Zwischenrufe zu unterlassen. Der Bürgermeister unterliegt gemäß § 11 GOGR keiner Redezeitbeschränkung und die aktuelle Stunde soll eine Dauer von 60 Minuten nicht überschreiten. Der Vorsitzende hat das Recht die Aktuelle Stunde nach 120 Minuten jedenfalls für beendet zu erklären. Diese Zeit haben wir noch nicht und ich werde sie deshalb auch noch nicht für beendet erklären. Am Wort ist der Herr Bürgermeister.

Bgm. Dr. Rabl: Ich weiß, es ist schwierig zu akzeptieren, wenn ich am Wort bin. Aber ich möchte, wie ich allen anderen weit über die Zeit gewährt habe, selber auch dieses Rederecht nützen. Es steht mir zu zu diesen massiven Vorwürfen Stellung zu nehmen, um mich entsprechend zu verteidigen und den Sachverhalt etwas klarer darzustellen.

Mindestens drei Parteien beschlossen also diese Liste im Rahmen dieser 50 Punkte. Hier ist nicht die Koalition hergegangen und hat es alleine gemacht. Wir wollten bei jeder Maßnahme jede Partei einbinden und informierten bei jeder Maßnahme alle Parteien. Beim Lenkungsausschuss waren alle Beamten dabei, die Fragen beantworten konnten. Aber die SPÖ-Fraktion stellte keine einzige Frage. Die NEOS und die GRÜNEN stellten Fragen, die beantwortet wurden. Die SPÖ äußerte bei keiner Frage dazu irgendetwas. Sie sagte weder ja noch nein. Es wurde nur ein Diskussionsbedarf festgestellt. Wir sprachen darüber, ob wir alle Tagesheimstätten und den Schlachthof schließen sollen. Alle Parteien verneinten das, aber die SPÖ meinte: „Darüber müssen wir diskutieren.“

Lieber Johnny, genauso steht es im Protokoll und genauso war es. Ich weiß, es fällt dir schwer diese völlig falsche Strategie der SPÖ jetzt zu rechtfertigen auch gegenüber deinen eigenen Parteikollegen. Ich bedaure und kritisiere euer destruktives Verhalten. Ihr habt zu den ganz klar formulierten Fragen immer gesagt: „Darüber müssen wir diskutieren.“ Beispielsweise beim Sozialpsychischen Beratungsdienst oder dem Weihnatskostenzuschuss, wo die Ärmsten der Armen 250.000 Euro von der Stadt bekommen. Die FPÖ, ÖVP, GRÜNEN und auch die NEOS wollen das nicht, aber die SPÖ sagte: „Darüber müssen wir diskutieren.“ Und das ist dann die soziale Partei, von

der sie immer spricht. Es gab hier keine klare Meldung der SPÖ, dass sie das nicht wollen, sondern es war ein reiner Akt der Destruktion und das verurteile ich.

Ich möchte kurz erklären, wie sich das Ganze zutrug: Stefan Ganzert hat schon Recht. Zuerst kommt von Vzbgm. Silvia Huber bei der Verfahrensdiskussion und zur Bürgerbefragung kein Widerspruch, es passe so und sei in Ordnung. Nach einem Obmannwechsel in der SPÖ von Vzbgm. a.D. Wimmer zu StR. Reindl-Schwaighofer sagt eine Woche später GR. Ganzert: „Wir wollen uns aktiv an diesem Reformprozess beteiligen und wollen eine Volksbefragung.“ Das wiederholt er später noch einmal und in der Presseaussendung vom 12.08. steht: „Unverändert ist unsere Forderung nach einer statutarisch geregelten Volksbefragung.“ Was beantragt jetzt die SPÖ? Eine Volksbefragung – nein, sie beantragt eine Volksabstimmung. Eine Volksabstimmung kann nur über den Gemeinderatsbeschluss gemacht werden. Es gab hier innerhalb von einem Monat drei Mal eine Änderung der Meinung der SPÖ. Dann wird gesagt, man arbeitet konstruktiv mit, obwohl sie sich zu keinem einzigen Thema äußerten. Sogar bei der Schließung der Altenheime wurde gesagt darüber diskutieren zu wollen.

Dermaßen destruktiv muss man einmal arbeiten - das verurteile ich wirklich. Hier ging es nicht mehr um die Sache, sondern darum, den anderen schlecht aussehen zu lassen und zu kritisieren, obwohl sie wissen, dass wir diese Einsparungen brauchen. Ich verurteile das wirklich! Ich war auch Oppositionspolitiker und ich gestehe das auch zu – ich war in meiner Kritik nicht zimperlich -, aber ich war nie destruktiv und habe immer konstruktiv mitgearbeitet und Vorschläge in diesem Zusammenhang unterbreitet. Das geht auf Kosten aller.

Ich höre ständig, dass ich alle Tagesheimstätten schließen möchte. Wir schließen keine einzige Tagesheimstätte. In Lichtenegg gibt es einen Kellerraum, der geschlossen werden soll. Das weiß ich und ist mir bewusst. Mehrfach bot ich der SPÖ kostenlose Alternativräume an. Die SPÖ möchte darüber nicht reden bzw. interessiert sie das gar nicht. Ich verurteile, dass auf Kosten der Betroffenen Politik gemacht wird, weil hier Menschengruppen gegeneinander ausgespielt werden und genau das gemacht wird, was sich die SPÖ immer auf ihre Fahnen schreibt, sich nicht gegeneinander auszuspielen. Genau das tut jetzt die SPÖ!

Wir wollten 2012 beim Budgetbegleitbeschluss unter anderem folgende Sparmaßnahmen ergreifen: Die VHS sollte einem anderen Rechtsträger übertragen werden, damit sie zuschussfrei geführt werden kann. Das bedeutet, StR. Reindl-Schwaighofer wollte die VHS an die Arbeiterkammer verkaufen. Der Geschäftsführer der Arbeiterkammer meinte, dass alle Zweigstellen zu schließen sind, weil sie nicht benötigt werden, denn die Kurse können in den Schulen abgehalten werden. Weiters sollte das Kursangebot reduziert und die Kursbeiträge erhöht werden. Das ist die große Lösung, die Verheißung von StR. Reindl-Schwaighofer? Da ist das jetzt vorgeschlagene, den Abgang zu reduzieren, geradezu das Paradies. Daher kann ich die Aufregung betreffend dieser Fragen überhaupt nicht verstehen. Das hat alles taktisches Kalkül – nicht mehr und nicht weniger.

Wie sind wir zu jenen offenen Fragen gekommen, über die die Bürger abstimmen sollen? Mit dem Ampelsystem sind wir diese 50 Fragen in den Fraktionen durchgegangen. Einzusparendes wurde mit Ja beantwortet. Mit Nein beantwortete Fragen sollen nicht eingespart werden. Es blieben ca. 20 Fragen übrig. Bezüglich dieser 20 Fragen sollten sich die Fraktionen etwas aussuchen. Es gab auch

die Möglichkeit weitere Themen zu nennen. Das machten alle Fraktionen, nur die SPÖ nicht. Sie hätten sagen können, wo sie sparen wollen. Jetzt im Nachhinein beschwert man sich, man hätte nicht teilnehmen können und war nicht informiert. Sie tun, als wären sie lauter Vertreter, die erst seit gestern in der Stadtpolitik sind.

StR. Reindl-Schwaighofer weiß genau, wo die Einsparungspotenziale liegen, noch dazu wo er die Liste Top-50-Antworten und Potenziale hat. Jeder, der länger als fünf oder sechs Jahre im Gemeinderat sitzt kennt die Möglichkeiten zum Einsparen. Er hat es nicht gemacht, nicht weil er es nicht musste oder nicht konnte, sondern weil er schlichtweg nicht wollte. Das ist die Wahrheit, er wollte diesen Prozess torpedieren.

Warum gibt es nun eine Bürgerbeteiligung? Wenn wir als Koalition die abzustimmenden Themen auswählen, dann heißt es manipulativ, die Koalition hat die Themen vorgegeben. Also soll die Bürgerbeteiligung die Themen vorgeben. Außerdem kamen noch Themen dazu. Das war beispielsweise die Frage zur Abstimmung über die Parkgebühren. Hier gelangte man zum Ergebnis, nicht über Gebühren abzustimmen. Soll über das Welios abgestimmt werden? Hier wurde die Materie als zu kompliziert und zu komplex empfunden. Jetzt wird der Koalition die manipulative Aussuche der Themen vorgeworfen. Hätte ich es ohne Bürgerbefragung gemacht, hätte es geheißen, die Koalition will nur die Kultur, den Sport oder den Verkehr angreifen.

Jetzt haben wir eine Bürgerbeteiligung und jetzt ist es auch wieder nicht recht, weil es manipulativ war und die Bürgerbeteiligung falsch zusammengesetzt wurde. Auch die SPÖ hatte die Möglichkeit Bürger zu benennen. Sie haben diese Möglichkeit nicht genutzt, weil sie es nicht wollten. Ich sage keine Themen, ich nenne keine Fragen und ich benenne keine Bürger, einzig mit Ziel diesen Prozess zu torpedieren. Dieser Bürgerbeteiligungsprozess wurde bei sehr vielen Gemeinden gleich angewendet. In Wiener Neustadt passte dieser noch für die SPÖ. In der Folge war auch dort die SPÖ gegen die ICG und gegen den Einsparungsprozess. Zumindest sollten die Karten offen auf den Tisch gelegt werden.

Warum hat man die Bürger bei den Fragen mitbestimmen lassen? Welche Fragen sollen kommen? Formulieren wir die Fragen, heißt es, sie wurden manipuliert. Kaum werden die Bürger zur Fragestellung beauftragt, heißt es, die Bürger seien manipulativ zusammengesetzt. Es gab keine einzige Frage der SPÖ – nicht einmal einen Vorschlag einer Frage. Welches politische Ziel steht dahinter? Es ist nur das politische Ziel, jemand anderen anzuschwärzen, schlecht zu machen, einen Prozess in den Boden zu stampfen und abzuwürgen.

Ich stehe zu diesem Bürgerbeteiligungsprozess, so wie er abgehalten wurde. Er wurde am Anfang auch von Vzbgm. Huber für gutgeheißen. Sie erhob laut Protokoll keinen Widerspruch gegen diesen Prozess. Dieser wurde erst durch GR. Ganzert im Nachhinein erhoben. Am 15.07. steht in einem Aktenvermerk, indem Dr. Rabl die Frage stellt, ob es Zweifel an dieser Methode gibt: Kein Widerspruch! Auch nicht bei den Teilnehmern der Pressekonferenz. Plötzlich gab es diesen Widerspruch.

Wir mussten diesen Prozess machen, um den Vorwurf der Manipulation zu entkräften. Dieser Bürgerbeteiligungsprozess funktionierte, es ist das herausgekommen, was herauskommen sollte, nämlich die Themen und die Fragen. In der Bevölkerung herrscht die Stimmung alle wollen Reformen, aber nichts soll sich ändern. Das ist zwar ein netter aber nicht durchführbarer Ansatz, wenn am Schluss des Tages die Zahlen zählen und

wir uns darüber unterhalten müssen, wie wir zukünftig Leistungen der Stadt nachhaltig finanzieren. Das schafften wir bisher nicht.

Zur Kritik der GRÜNEN diese Punkte betreffen nur die Kultur, den Verkehr oder den Sozialbereich, muss ich sagen, dass der Sozialbereich überhaupt nicht betroffen ist, sondern nur die Kultur, der Bildungsbereich und der Verkehr. Der Sportbereich wurde bereits im Jänner massiv reduziert, wobei die Sportsubventionen wesentlich stärker reduziert wurden als die Kultursubventionen, gerade weil uns die Kultur am Herzen liegt. GR. Wiesinger kam wenigstens zu mir und teilte mir seine Kritikpunkte am Programm mit. Das schätze ich, das ist eine ehrliche Meinungsäußerung. Er legt die Karten auf den Tisch und sagt wo nicht eingespart werden soll.

Ich erklärte ihm warum und die geplanten Vorhaben im Kulturbereich. Wir werden das Konzert-Abo nicht angreifen, denn ich stehe zu unseren Konzert- und Theaterabonnenten und zum Figurenfestival, weil ich es für wichtig halte diese kulturelle Vielfalt in der Stadt zu bereichern. Aber ich glaube, es kann vieles besser gemacht werden. Warum ist es nicht möglich die Round Table Konzerte mit den Abo-Konzerten teilweise zusammenzulegen? Beide haben kein volles Haus. Das geht doch – es muss intelligent gespart und Lösungen gefunden werden für die Dinge, die wir brauchen. Warum ist es nicht möglich einen Betriebsverein ähnlich dem Alten Schlachthof zu gründen, der das Stadttheater verwaltet? Warum geht das nicht? Natürlich geht das und es gibt hier Einsparungspotenziale, aber daran denkt der Kulturreferent nicht. Dieser denkt nicht an das Einsparungspotenzial in seinem eigenen Ressort, damit er endlich etwas weiterbringt, sondern er denkt daran, wie er der FPÖ oder der Koalition schaden kann. Das ist das wichtigste und erklärte Ziel. Es ist das demokratische Recht jedes einzelnen Politikers seine Meinung zu sagen. Ich akzeptiere das auch, aber er muss dann schon damit rechnen, dass wir uns wehren gegen diese nicht konstruktive Politik. Und die Bürger werden es auch merken, weil die Bürger ganz genau wissen, dass wir zehn Millionen Euro einsparen müssen und dafür auch Verständnis haben. Jeder will, dass beim anderen gespart wird, nur nicht bei sich selbst. Das geht aber nicht. Wenn ich kritisiere, da oder dort nicht sparen zu wollen, muss ich einen Vorschlag machen. Aber es kommt überhaupt kein Vorschlag. Das ist mir zu wenig.

In diesem Zusammenhang muss ich eine Lanze brechen für den Vizebürgermeister a.D. Wimmer als Finanzreferent, weil der wenigstens sagte, dass in dieser, dieser und dieser Frage gespart werden muss. Es gab auch eine Zustimmung der FPÖ zu diesen Fragen. Deshalb gibt es diesen Budgetbegleitbeschluss, der von allen Parteien unterschrieben wurde. Es war wichtig, wir wollten konstruktiv vorgehen und ausdrücken, dass diese Vorschläge für uns in Ordnung waren. Auch die ÖVP war konstruktiv, denn wir machten das gemeinsam, aber von der SPÖ hörte ich nichts.

Zur Kritik beim Kindergartenpersonal möchte ich sagen, dass wir jetzt zusätzlich neun Kräfte im Kindergartenbereich einstellen, weil im Gesetz verankert ist, dass wir einen Pädagogen und einen Helfer pro Kindergartengruppe brauchen. Zusätzlich haben wir die Sprachförderung in den Vordergrund gerückt. Unsere Kinder sollen Deutsch lernen, damit sie dem Unterricht bei Schuleintritt folgen können. Dafür investieren wir ordentlich Geld. Jetzt wo wir drei Pädagogen und neun Helfer neu einstellen, heißt es, es wird auf Kosten der Koalition eingespart. Pure Absicht hier die Unwahrheit zu sagen! Hier wird den Bürgern absichtlich Sand in die Augen gestreut um zu sagen: „Oje, diese böse, unsoziale, unkulturelle Koalition!“ Das verabscheue ich, denn es gehört so gesagt, wie es ist.

Herr Mag. Teubl sagt, es seien nur drei Frauen beim Bürgerbeteiligungsprozess eingebunden. So stimmt das nicht, denn es waren sieben Frauen. Sie waren beim zweiten Termin selbst nicht anwesend und konnten sich daher nicht überzeugen. Auch wurde gesagt, es seien keine Migranten dabei; es waren aber zwei anwesend. Weiters gibt es Kritik an den Fragen, weil Kultur nicht abgefragt werden kann, weil dann die wenigen Kulturgenießer gegen den ganzen Rest sind. Vor ca. eineinhalb Jahren wurde die Frage des Berufsheeres abgefragt, ob die Wehrpflicht bestehen bleiben soll. Hier ist auch nur ein kleiner Teil, die einrückenden Rekruten betroffen und es wird die ganze Bevölkerung darüber befragt. Es gibt zu jeder Frage immer einen betroffenen Teil der Bevölkerung und einen anderen Teil, der nicht betroffen ist. Trotzdem gibt es dazu Befragungen. Fragt der Wiener Bürgermeister, ob der U-Bahn-Verkehr rund um die Uhr geführt werden soll, betrifft das auch nur die U-Bahn-Fahrer.

Wenn ich dasselbe im öffentlichen Nahverkehr mache, heißt es, es wird nur jener Teil gefragt, der den öffentlichen Nahverkehr verwendet. Ich kann hier den Unterschied nicht erkennen, weil es ihn gar nicht gibt. Hier wird wieder versucht manipulativ ganz gezielt die Koalition der FPÖ und ÖVP zu desavouieren und herunterzudrücken. Das kann und möchte ich so nicht akzeptieren.

Beim definierten Einsparziel zwischen 10 und 14 Mio. Euro geht es darum, wir brauchen diese 10 Mio. Euro, um ein ausgeglichenes Budget zu schaffen. Um diese Summe wurde durchschnittlich in den letzten Jahren investiert. Das ist keine Juxzahl, die mir gerade so einfiel, sondern basiert auf die von Dr. Barth erhalten Daten. Dieses Ziel war für alle Beteiligten völlig transparent. Die SPÖ bezeichnete das als schwierige Frage, konnte nichts dazu sagen und wollte sich nicht beteiligen. An was sonst wollen wir uns beteiligen. Ein Prozess hat nur Erfolg, wenn ich ein gemeinsames Ziel definiere. Ich muss zuerst das Ziel definieren, dann die Strategie und dann eine Methode finden, um dieses Ziel mit dieser Strategie zu erreichen. Wenn ich von Anfang an das Ziel boykottiere, wird es unmöglich sein dieses zu erreichen, weil ich kein Ziel habe. Das ist genau der Grund, warum man sich von vorneherein dagegen aussprach ein Ziel zu nennen. Es wurden nicht eine, zwei oder sechs Millionen als Ziel genannt - sondern gar nichts! Es hätte über die Höhe diskutiert werden können. Wenn es uns schlecht geht, müssen wir mehr neue Schulden machen. Das ist die Zukunftspolitik der SPÖ. Mit dieser kann ich nicht wirklich etwas anfangen.

Wenn GR. Ganzert davon spricht, ich hätte eine Mitgift in Form des Erlöses der Sparkassenanteile, dann irrt er sich. Nicht die SPÖ war Eigentümer dieser Sparkassenanteile, sondern die Stadt Wels. Wenn, dann habe ich diese Mitgift von den Bürgern bekommen. Das zeigt das Herrschaftsverständnis der SPÖ. Für die SPÖ war die Stadt ihr Eigentum. Nur so kann man zu solch einer Äußerung kommen. Ich selber habe diese Einstellung nicht. Es geht hier um das Geld der Bürger, welches verantwortungsvoll verwaltet werden soll. Ich möchte es nicht dafür verwenden, um Schulden zurückzuzahlen, sondern um Zukunftsinvestitionen zu tätigen. Das setzt voraus keine neuen Schulden zu machen, sonst habe ich nie den Spielraum in neue Vorhaben Geld zu investieren. Deshalb ist es mir sehr wichtig mit diesem Geld sehr nachhaltig und sehr verantwortungsvoll umzugehen.

Wenn Festivals in Frage gestellt werden, muss ich ihnen nochmals sagen, das machen wir nicht. In den Bereich der selbstveranstalteten Kulturveranstaltungen investieren wir derzeit 500.000 Euro. Sollen wir für jede Kabarettveranstaltung etc. das Risiko

übernehmen? Ich stellte in der Diskussion die Frage, ob wir wirklich ein Kabarett-Abo brauchen, wo jeder weiß, dass Kabarett eine gewisse kulturelle Breite hat und in anderen Städten damit durchaus Geld verdient wird. Sollen wir anstelle Geld zu verdienen noch Geld hineinstecken? Ist es bei der VHS gerechtfertigt jeden Kochkurs mit 60 bis 70 Euro zu subventionieren, wo ich weiß, dass andere Veranstalter - wie die Arbeiterkammer - in Oberösterreich und die VHS in Steyr 40 bis 50 Euro mehr dafür verlangen?

Hätten wir, wie von StR. Reindl-Schwaighofer vorgeschlagen, die gesamte VHS an die Arbeiterkammer verkauft, damit die das alleine machen, sage ich ihnen, wir können das auch. Wir wissen selber wie Unternehmen zu sanieren sind und dazu brauche ich nicht die Arbeiterkammer Oberösterreich, die auf Rücklagen in Millionenhöhe sitzt und diese offensichtlich nicht ganz so gerne hergibt.

Sparen auf Kosten der Bürger ist immer sehr leicht, wenn man in keiner Weise dafür verantwortlich gemacht werden kann. Es geht mir bei diesem Prozess tatsächlich darum die Stadt auf Vordermann zu bringen und sie zukunftsfit zu machen. Ich bedanke mich ausdrücklich bei allen konstruktiven Kräften, insbesondere bei der ÖVP und meiner eigenen Fraktion, aber auch bei den NEOS, die durchaus konstruktive Vorschläge einbrachten und Sachen mittragen. Maßnahmen, die nicht in jeder Hinsicht und in jeder Kleinigkeit leicht mitzutragen sind. Eine Stadt kommt nur dann weiter, wenn auch unangenehme Entscheidungen getroffen werden. Diese Entscheidungen müssen auch vom Bürgermeister getroffen werden, weil er diese Verantwortung übernehmen muss. Es ist nicht immer angenehm hier zu stehen, sich Mails durchzulesen, in denen Bürger fragen, warum in der Kultur bzw. VHS gespart wird, ohne genau zu wissen was genau getan wird.

Wir müssen es machen. Irgendjemand muss sich vorne hinstellen und sagen: „Wir stehen für einen neuen Reformkurs.“ Wenn wir das nicht machen, haben wir einen Stillstand wie im Bund. Das heißt, es passiert nichts und wer sich zuerst bewegt ist tot. Das wollten wir ausdrücklich unterbinden und durchbrechen. Wir wollten einen neuen Kurs für Wels, weil wir diese Stadt nach vorne bringen wollen. Das kann uns mit dem, was wir hier tatsächlich vorhaben, gelingen. Es ist ein erster Schritt und wir werden die Frage der Bürgerbeteiligung verfeinern und verbessern, denn es gibt immer Möglichkeiten zur Verbesserung. Aber wir werden weiter daran festhalten die Bürger in Entscheidungen, die wesentlich für diese Stadt sind, miteinzubinden.

Wir glauben an die Bürger und es reicht mir nicht aus von Seiten der SPÖ diesen Bürgerbeteiligungsprozess schlechtzureden, weil die Beteiligung der Bürger an der Politik ist eine der wichtigsten Maßnahmen die es gibt, um die Politikverdrossenheit wieder zu Ende zu bringen. Ich hoffe, dass wir möglichst viele Bürger dazu gewinnen können an dieser Bürgerbefragung teilzunehmen, damit diese ein Erfolg wird. Das wäre ein klares Signal für einen neuen Kurs, für einen Neuaufbruch für diese wunderschöne Stadt.

Vzbgm. Kroiß erklärt die Aktuelle Stunde für beendet und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend die Zurverfügungstellung des Reformprozesses
an die Mitglieder des Gemeinderates
DI-Verf-2019-2016

Bgm. Dr. Rabl verliest den als Anlage 1 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Bgm. Dr. Rabl: Zu diesem Dringlichkeitsantrag liegt mir ein Abänderungsantrag
(Anlage 2) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion vor, der lautet:

Die Freiheitliche Fraktion stellt gemäß § 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderates
der Stadt Wels den Abänderungsantrag, dass der Antragstext wie folgt geändert wird:

Im Beschlussantrag wird die Wortfolge „von der ICG ermittelte“ eingefügt und die
Wortfolge „Diskussion und Beschlussfassung“ gestrichen, sodass dieser dann zu lauten
hat wie folgt:

„dass sämtliche von der ICG ermittelte Einsparungspotenziale im Zuge des
Reformprozesses den Mitgliedern des Gemeinderates zur Information zur Verfügung
gestellt werden.“

Ich ersuche diesen Antrag mit in die Diskussion aufzunehmen.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion
betreffend Änderung des Beschlusses des Gemeinderates
der Stadt Wels vom 11.12.1989 über Haftungsansprüche
der Stadt Wels; Verzicht auf Ersatzforderungen gegenüber
Organen der Stadt
DI-Verf-2021-2016

Bgm. Dr. Rabl verliest den als Anlage 3 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

GR. Wiesinger: Herr Bürgermeister, sie legen heute die Geschäftsordnung des
Gemeinderates sehr streng aus, deshalb möchte ich darauf hinweisen, dass die
Kollegin Kroiß, Kollege Mag. Parzmayr und ich diesen Dringlichkeitsantrag fristgerecht
einbrachten und nicht, wie irrtümlich am Poststempel des Verfassungsdienstes
angeführt, im Jahr 2015. Ich hoffe das ist richtig.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit mit

21 Ja-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS und GR. Mag. Mayerhofer)
gegen 11 Nein-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion ohne GR. Mag. Mayerhofer)

zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktion und der NEOS betreffend Durchführung der geplanten Bürgerbefragung als Volksabstimmung gemäß § 67 StW 1992
DI-Verf-2020-2016

Bgm. Dr. Rabl verliest den als Anlage 4 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Rabl: Diese Dringlichkeitsanträge werden nach Abarbeitung der Tagesordnung behandelt. Sehr geehrte Damen und Herren! Wir gehen somit in die Tagesordnung ein. Diese beinhaltet nur den einzigen Punkt auf Abhaltung einer Gemeinderatsitzung. Gibt es dazu Wortmeldungen?

1.)

Antrag auf Abhaltung einer Gemeinderatsitzung
gemäß § 15 Abs. 3 Statut der Stadt Wels 1992
iVm § 17 Abs. 3 GOGGR betreffend Bürgerbefragung
zur Struktur- und Aufgabenreform des Magistrates
der Stadt Wels
DI-Verf-2018-2016

GR. Ganzert: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, deine heutige strenge Auslegung der Geschäftsordnung des Gemeinderates habe ich nicht ganz für richtig befunden – 10 Minuten Sprechzeit – alleine deine Rede hat alles davor Gesagte bei weitem überstiegen. Das entspricht nicht ganz den Gepflogenheiten hier im Gemeinderat.

Bgm. Dr. Rabl: Richtigstellung: Das entspricht voll der Geschäftsordnung!

GR. Ganzert: Es entspricht der Geschäftsordnung, aber es entspricht nicht der Anzahl der Mandatare.

Bgm. Dr. Rabl: Die Überziehung deiner Rede entspricht nicht der Geschäftsordnung. Meine Rede entsprach voll der Geschäftsordnung. Das möchte ich für das Protokoll festhalten.

GR. Ganzert: Vielleicht hören wir nun auf mit dieser kleinen Subdiskussion und steigen in das Thema ein. Es gibt einen Antrag auf Abhaltung einer Sondergemeinderatsitzung – in Wahrheit ist die 8. Sitzung des Gemeinderates auf heute vorverschoben worden.

Zu Beginn meiner Rede möchte ich eine einfache Frage an den Herrn Bürgermeister stellen: Wir reden bereits seit einer Stunde und vierzig Minuten über den Prozess, über die ICG, über die KPMG und über diese berühmten 175 Punkte. Bis heute erfuhr ich kein einziges Argument, was jetzt daran so schlimm, so spektakulär oder geheimnisvoll sein sollte, als das man nicht hergeht und sagt, wir haben die ICG beauftragt, diese hat

gearbeitet, sie hat das Ganze entsprechend zu Papier gebracht und jetzt legen wir sie vor. In der Presseaussendung wurde von 390 Punkten gesprochen, 175 Punkte machen durchaus Sinn. Warum können diese 175 Punkte den Mandataren nicht zur Verfügung gestellt werden?

Es wurde immer wieder behauptet, für uns es ist kein Tabu Kooperationen mit dem Schlachthof einzustellen, für uns ist es kein Tabu Tagesheimstätten zu schließen usw. Ich halte nochmals fest: Die SPÖ sagte klar, wenn wir nicht die volle Einsicht aller Punkte haben, wenn wir nicht den von der ICG aufbereiteten Prozess kennen, finden wir es unseriös und uns nicht in der Lage mitzuspielen. Wir sagen nicht JA und nicht NEIN. Es besteht Gesprächsbedarf darüber, warum die einzelnen Dinge auf der Liste stehen. Welche Voranschlagstellen, welchen Personenkreis betrifft es usw.? Um nicht Gefahr zu laufen ausgeschlossen zu werden oder noch weniger Informationen zu erhalten - wenn wir nicht einmal das gesagt hätten -, haben wir uns auf das Gesagte zurückziehen müssen.

Eine Sache tut mir persönlich sehr weh; ich finde es unfair, wie der Herr Bürgermeister dies ausnützt sobald im Publikum Gäste von verschiedenen Vereinen sitzen, immer wieder Politik zu machen und Dinge zu behaupten, die einfach nicht stimmen. Hier spreche ich den Pensionistenverband, Ortsgruppe Lichtenegg, an.

Im Protokoll der letzten Sitzung steht beim Tagesordnungspunkt betreffend Gemeinnützige Welser Heimstättengenossenschaft, Änderung des Nutzungsvertrages:

Zur Historie dieser Räumlichkeiten: Die Nutzungsvereinbarung liegt schon sehr lange zurück. Die Stadt Wels benötigte damals die Räumlichkeiten und stellte sozusagen zum Abtausch die Kellerräume dem Verein zur Verfügung. Diese Kellerräume wurden von den Kinderfreunden Lichtenegg mit Jugendmaßnahmen bespielt. Entscheidend ist, es gab als Untermieter den Pensionistenverband Ortsgruppe Lichtenegg. Es handelt sich von allen Verbänden um die größte Ortsgruppe, bei der sich die meisten Pensionisten treffen. Bei dem Lichtenegger Stadtteil handelt es sich um einen sehr alt gewachsenen Stadtteil. Die Mitglieder – um die 500 - treffen sich mehrmals im Monat zu diversen Veranstaltungen und sind Interessensvertreter für die älteren Bewohner dieses Stadtteiles.

Nach Durchsicht des Amtsberichtes sprach ich mit dem Vorsitzenden der Ortsgruppe des Pensionistenverbandes. Dieser wusste noch gar nichts davon, obwohl die Kündigung schon für den 01.07.2016 vorgesehen war. Ich bin sehr froh darüber, dass wir im Ausschuss den Termin auf den 30.09.2016 abändern konnten. Außerdem konnten wir in einem Gespräch mit dem Bürgermeister, gemeinsam mit den Kinderfreunden, der Heimstätte, dem Pensionistenverband und mir festlegen, möglichst friktionsfrei eine Lösung in Form eines Ersatzquartieres, einer Subvention etc. zu finden. Diese Ortsgruppe mit mehreren hundert Mitgliedern soll nicht verloren gehen und ich freue mich darauf gemeinsam mit dem Bürgermeister an einer Lösung zu arbeiten.

Es gab noch eine weitere Wortmeldung, die lautete: Ich lade jeden dazu ein diese Räumlichkeiten in Lichtenegg zu besichtigen. Es handelt sich dabei um kein großes politisches Treffen sondern es ist vielmehr ein Schutz dieser Personen vor der Vereinsamung. Eine Zielgruppe, welche sich noch nicht im Alter für den Besuch einer Tagesheimstätte sieht. Sie brauchen vielleicht noch keine Verpflegung, keine

Gesundheitstipps etc., aber sie möchten einmal in der Woche wo aufgehoben sein, sich mit Bekannten treffen und sich austauschen. Natürlich ist es erschreckend, wenn Personen höheren Alters über Treppen hinunter steigen müssen, die nur mit einem spärlichen Licht ausgestattet sind. Es würde mich freuen, wenn aus diesem Vertrag heraus eine wirkliche Lösung gefunden werden würde – ein ordentliches Vereinsheim für diese Ortsgruppe. Ich bin aber schon froh den Status quo halbwegs aufrechterhalten zu können und in Zusammenarbeit mit der Stadt Wels, mit dem Pensionistenverband, den Kinderfreunden, der Heimstätte etc. diesen älteren Menschen eine Heimat geben zu können.

Ich darf den Besuchern in der ersten Reihe versichern, wir sind dabei und werden alles tun dieses umzusetzen. Bürgermeister Dr. Rabl ist zwar gerade nicht im Raum, aber er weiß es. Vergangenen Donnerstag sprach ich in dieser Angelegenheit erneut mit ihm, es gibt dazu mehrere Vorschläge. Dr. Rabl diskutierte beispielsweise an, andere Räumlichkeiten anzubieten. In Gesprächen mit Mitgliedern des Pensionistenverbandes erklärten diese ganz klar, in einen anderen Stadtteil zu gehen ist oft aus Humanitätsgründen und aus Mobilitätsgründen für Menschen ohne Auto gar nicht möglich. Wenn der Herr Bürgermeister seine dementsprechenden Versprechungen einhält und nach Lösungen sucht, würde mich das sehr freuen.

Der Herr Bürgermeister behauptet einmal ist es eine Volksabstimmung, einmal ist es eine Volksbefragung. Ein Facebook-Freund – dieser würde sich selbst als Wahlwelser bezeichnen – Herr Thomas Psutka, machte Screenshots von Aussendungen der Stadt Wels, fotografierte u.a. auch das Statut der Stadt Wels und stellte in Frage, ob es sich um eine Bürgerumfrage, Bürgerbefragung, Volksbefragung handelt. Auch von Dr. Csar und dem Bürgermeister wird immer gesagt, wir müssen damit in den Gemeinderat gehen. Wenn es etwas Statutarisches ist, muss es der Gemeinderat beschließen.

Genau das wollen wir. Wenn es eine Umfrage für die Welser gibt, soll davor der Welser Gemeinderat mit seiner notwendigen Mehrheit sagen, ja das sind die Fragen, so wickeln wir das Ganze ab. Ob das jetzt eine Befragung oder eine Abstimmung ist, muss man sich im laufenden Prozess anschauen was ist das zielführendste Instrument. Wichtig war das zuständige Gremium muss entsprechend befasst werden. Aus diesem Grund beantragten wir die Abhaltung einer Sondergemeinderatsitzung.

Es gibt zum Thema Struktur- und Aufgabenreform eine Anfrage. Nicht wie sonst üblich, damit die Kollegen und die Besucher überhaupt wissen worum es geht, verlas der Bürgermeister diese Anfragen nicht. Das vermisste ich heute. Ich werde mich kurz halten und nur die wichtigsten Punkte daraus vorlesen, damit sie dafür ein Verständnis haben warum die Sozialdemokratie gemeinsam mit den GRÜNEN und NEOS es für so wichtig halten, dass wir heute dieses demokratische Gremium einberiefen.

Die Anfragen haben folgenden Inhalt:

Wie hoch sind die tatsächlichen Kosten der beauftragten Beratungsfirmen KPMG und ICG für die vom Gemeinderat beauftragten Arbeiten?

Wurden außer den vom Gemeinderat beschlossenen noch zusätzliche Aufgaben und Aufträge an KPMG und ICG oder weitere externe Berater vergeben?

Wenn ja: Wie hoch sind die dadurch zusätzlich entstandenen Kosten?

Hoffentlich wird der Herr Bürgermeister rechtzeitig darauf eine Antwort finden und sie an uns richten.

Weiters wurde gefragt:

Wie hoch sind die tatsächlichen Kosten und der Personalaufwand für die von Mitarbeitern des Magistrates im Zusammenhang mit der gesamten Struktur- und Aufgabenreform durchgeführten Arbeiten?

Wie hoch sind die tatsächlichen Kosten für die von ihnen geplante, rechtlich völlig unverbindliche Bürgerbefragung über Sparmaßnahmen?

- incl. Personalaufwand, Sonntagsüberstunden der Magistratsbediensteten am Sonntag, 2.10.,
- incl. aller anfallenden Beraterhonorare,
- incl. der gesamten Vor- und Nachbereitung durch Mitarbeiter des Magistrates und externe Firmen,
- incl. aller Kosten für Infoveranstaltungen, Workshops, Drucksorten, Öffentlichkeitsarbeit etc?

Wieviel würde die Durchführung einer im Statut der Stadt Wels verankerten und rechtlich verbindlichen Volksabstimmung (§ 67 StW.) kosten?

Also einfach zu sagen, o.k. machen wir heute eine Kostenwahrheit. Wieviel kostet Rabl's Projekt? Wieviel kostet eine im Gesetz vorgesehene Volksabstimmung oder Volksbefragung? Einfach um einmal die Zahlen auf dem Tisch zu haben.

In den Aussendungen wird immer über Sparvorschläge und Bürgerbeteiligung diskutiert. Es gab vorbereitete Anträge der NEOS, der GRÜNEN und auch seitens der SPÖ. Wir haben diese bei Herrn Bürgermeister abgegeben. Die anderen Gemeinderatsmitglieder werden diese gar nicht kennen, weil sie nicht behandelt werden. Es waren Vorschläge seitens der GRÜNEN, wie Bürgerbeteiligung in Zukunft aussehen kann. Es kamen Vorschläge der NEOS, wie technische Plattformen genutzt werden können, um Bürgerbeteiligungen möglichst einfach und friktionsfrei durchzuführen. Es gibt auch eine Resolution der SPÖ, in der es um die Finanzierung der Aufgaben unserer Stadt geht. Die Stadt Wels verfügt über gesetzliche Aufgaben und hat in ihrer sozialen Komponente darüber hinaus auch Ausgaben, wo sie das gesellschaftliche Zusammenleben vor Ort regeln und ermöglichen muss. Hier geht es nicht nur darum was ich ausgabenseitig mache, sondern wodurch kann ich mir das auch leisten.

Die größte Einnahmenquelle der Stadt Wels sind die Bundesertragsanteile. Das sind Steuermittel, welche ganz einfach über das Umlageverfahren in die Stadt Wels fließen. Wir hätten durchaus sagen können, ja, nutzen wir die Zeit wenige Wochen vor der geplanten Bürgerbefragung, vor der noch im Raum stehenden Stichwahlwiederholung und vor der nächsten geplanten Gemeinderatsitzung am 3. Oktober 2016 über diese Dinge zu sprechen und darüber zu diskutieren. Uns wurde vorgeworfen, die SPÖ kennt die Geschäftsordnung nicht, es ist alles irgendwie „irrsinnig“ und „wie kann man das eigentlich machen?“. Jetzt stelle ich schon einmal in den Raum: Das ist eine Sondergemeinderatsitzung. Wenn man sich anschaut, was ist damit gemeint? Was sind die Themen, dann hätte aufgrund der Geschäftsordnung jederzeit mit einer Zweidrittelmehrheit die Tagesordnung so aufgewertet und abgeändert werden können, dass all diese, von drei Gemeinderatsparteien gestellten Anträge auf die Tagesordnung gesetzt werden. Mit einer Zweidrittelmehrheit können wir die Tagesordnung abändern. Es gibt durchaus Möglichkeiten dies entsprechend zu tun.

Wir müssen heute sehr aufpassen was in der Geschäftsordnung steht und wie wir das Ganze auslegen. Das sind der Punkt und die Chance, die wir ergreifen wollen, aus der Sicht der SPÖ auf die einzelnen Punkte einzugehen und auf eine sachliche Ebene zu bringen. Dieser halbstündige Monolog des Herrn Bürgermeisters und dieses lehrhafte Auftreten steht Niemanden zu. Zu beurteilen was richtig und falsch ist, das müssen immer noch die Bürger in den Wahlurnen tun. Man kann seine persönliche Meinung losstreuen. Persönlich habe ich einen anderen Zugang wenn es darum geht, die SPÖ blockiert, sie bringt sich nicht konstruktiv ein – wenn ich ihnen sage, die SPÖ sagt ja, wir machen nur eine statutarische Volksbefragung. Alles andere finden wir für nicht richtig, ist unseriös. Dann sagt man, nennt ihr uns doch Themen für die Volksbefragung, Bürgerumfrage oder wie auch immer der Herr Bürgermeister dies in den vergangenen Monaten nannte. Wäre es nur unseriös und falsch, wenn man sagt, ja das wollen wir nicht und jetzt machen wir mit? Wir sagten von Anfang an was wir wollen, sagten wo wir mitgehen und mitgehen können. Wir sagten, wir sind bereit mitzuarbeiten. Natürlich auch unter Vorgaben wie wir uns das vorstellen, wie für uns eine Mitarbeit aussieht. Diese Vorgaben sind in den allermeisten Fällen nicht erfüllt worden. Wie gesagt, ich wiederhole es noch einmal und hoffe, dass bei der Behandlung der Dringlichkeitsanträge der Herr Bürgermeister dann eine Antwort darauf findet, warum so ein großes Geheimnis zu den einzelnen Punkten gemacht wird.

Ich darf schon dieser Logik widersprechen, dass anscheinend Punkte und Potenziale, die von der Summe her zu gering wären, es nicht auf diese Top-Liste geschafft hätten. Das widerspricht sich dahingehend, da der ursprüngliche Vorschlag zahlreiche Punkte nicht enthielt. Wie z.B. die Ordnungswache, die VHS, die Landesmusikschule – das waren alles Summen weitaus darüber. Auch Kollege Hufnagl sagte, vielleicht gibt es vier oder fünf Punkte, die unter 100.000 Euro liegen, aber die sind mir zehnmal lieber als ein Projekt, welches darüber liegt. Von Anfang an sagten wir, ohne die volle Transparenz ist es falsch und unseriös bei dieser vorselektierten Liste mitabzustimmen.

Meine Kollegen werden noch darauf eingehen, was alles in den einzelnen Punkten versteckt ist. Wir sprachen über die Kameradschaftskassa der Feuerwehr. Jetzt greift sich jeder auf den Kopf und sagt, keiner möchte diese streichen. Es klingt beim ersten Mal so, es ist nett, es ist eine Zuwendung für die Kameraden der Feuerwehr, die sich einen großen Spaß daraus machen. Es sind natürlich ganz andere Dinge darin enthalten, Dinge die auch zu Recht fließen. Aber ich verstehe nicht, warum die Stadt Wels und die ICG nicht in Kontakt treten und sagen, das ist keine Maßnahme, die in die 390 oder minus 175 und schon gar nicht in die 50 Punkte hineingehört. Da gibt es so viele Punkte zu denen ich einfach sagen muss, es ist so unausgegoren, so nicht fertig und so unseriös, dass man mit dieser Liste kaum arbeiten kann. Darum bin ich froh, wenn uns der Herr Bürgermeister sagen wird, wann es um die tatsächliche Veröffentlichung aller Punkte geht.

GR. Wimmer: Ich möchte auf die Liste mit den Einsparungspotenzialen eingehen, die zur Diskussion stehen. Heute wurde bereits mehrfach angesprochen die Kürzung, Streichung der Sozialpsychischen Beratungsdienste. Das ist eine Therapieeinrichtung mit den Schwerpunkten Abhängigkeit und Sucht und umfasst eine Reihe freiwilliger Sozialleistungen der Stadt Wels, wie die Drogenberatung, die Alkoholberatung, die Spielsuchtberatung, die Familienberatung und das Streetwork. Das sind alles sehr wertvolle Einrichtungen für die Stadt Wels. Hier werden suchtkranke Menschen betreut, Jugendliche, Familien. Die Drogenberatung gibt es seit 1974 in Wels, die

Alkoholberatung seit 1986. Das sind jahrzehntelange Erfahrungen, die in diesem Bereich in der Stadt Menschen zugutekommen, die es mit ihrer Krankheit nicht so einfach haben umzugehen und keine eigenen finanziellen Mittel besitzen eine Therapie zu finanzieren.

Natürlich kann über jede Sozialleistung diskutiert werden, jede freiwillige Leistung eingeschränkt oder gestrichen werden. Man muss sich halt die Frage stellen, wie wir als Stadt mit den betroffenen Menschen umgehen, wie wir ihnen Perspektiven geben, wie wir auch mit den Folgekosten umgehen? Diese sollten miteinkalkuliert werden. Wegsparen heißt ja nicht, dass die betroffenen Personen weniger werden. Im Gegenteil! Je weniger Hilfsangebote wir haben, desto sichtbarer werden auch die Betroffenen in der Öffentlichkeit. Jahrelange gute Arbeit einer professionellen Einrichtung sollte nicht mit kurzfristigen Einsparungen zunichte gemacht werden. Also in diesem Bereich besteht noch sehr viel Diskussionsbedarf.

Das betrifft für mich auch den angesprochenen Weihnachtzuschuss. Diese Einsparmaßnahme trifft genau die Ärmsten der Bevölkerung. Voriges Jahr wurden 1450 Antragstellern im Durchschnitt 160 Euro ausbezahlt. Diese Unterstützung erhalten nur Menschen mit einem Einkommen bis 872 Euro monatlich, also wirklich jene Personen, die jeden Monat um das Überleben kämpfen. Diesen Personen den Weihnachtzuschuss zu streichen, setzt genau bei den Schwächsten an. Wir verwehren uns dagegen! Bei den angesprochenen Punkten ist noch sehr viel Diskussionsbedarf in den entsprechenden Gremien.

Bgm. Dr. Rabl: Das wird alles nicht gekürzt. Nochmals zur Richtigstellung in der Sache: All diese Maßnahmen werden ohnehin nicht gekürzt, weshalb ich mir die Frage stelle, warum wir darüber reden.

GR. Mag. Simunovic: Ich halte viel von einer Bürgerbefragung, ich halte sehr viel von Bürgerbeteiligung. Die angekündigte Welser Befragung nehme ich sehr ernst. Es gelingt mir aber nicht in dieser Befragung einen Sinn zu finden. Im Begleitschreiben des Bürgermeisters zur Befragung ist zu lesen: „Wir haben uns dazu entschieden, die Bürger nicht noch mehr zu belasten sondern zu sparen. Insgesamt hat die Politik bereits Sparmaßnahmen über 3,5 Mio. Euro beschlossen. Bei weiteren Einsparungsmaßnahmen und zukünftigen Maßnahmen sollen nun Sie bei dieser Bürgerbefragung Ihre Meinung einbringen.“

Ich frage mich aber was die ersten drei Fragen mit Einsparungen zu tun haben? Dort kann ich keine Einsparungen entdecken. In den letzten beiden Fragen werden letztendlich die Bürger aufgefordert auf Weiterbildung und auf Kulturveranstaltungen zu verzichten oder dafür mehr zu bezahlen.

Als ich heute die Oberösterreichischen Nachrichten las, so habe ich wieder mehr Selbstbewusstsein gewonnen. Zu Beginn glaubte ich, ich verstehe etwas nicht. Jetzt weiß ich, dass ich vieles nicht verstehe. Die Meinung des Wirtschaftskammerobmannes ist sehr interessant, der sagt: „Warum man über diese Fragen die Bürger abstimmen lässt, weiß ich nicht. Was wir wirklich brauchen ist eine Neupositionierung unserer Stadt. Es ist noch nicht klar wofür Wels eigentlich steht. Zum Beteiligungsprozess wurde ich eingeladen, einen Termin habe ich wahrgenommen, dort wusste ich bis zuletzt nicht wieso ich da bin.“

Eine Sparmaßnahme hätte man noch nennen können, nämlich auf diese wenig versprechende Bürgerbefragung zu verzichten.

GR. Wildfellner: Irgendwie komme ich mir vor wie in einer Show der großen Illusionen. Fast hätte ich David Copperfield zu ihnen gesagt. Sie nennen 175 Sparvorschläge, über 120 Vorschläge stülpen sie den Mantel des Schweigens, 50 Vorschläge kommen irgendwie in eine Trommel und doch nicht, weil 3,5 Mio. Euro an Einsparung beschließen sie sozusagen mit der ÖVP, obwohl wir im Gemeinderat noch nicht darüber sprachen. Anscheinend besteht eine Übereinkunft. Dann bleiben fünf Punkte für den Bürgerbeteiligungsprozess über. Da – oh Wunder – ist z.B. bei Punkt 5 auf dem ersten Papier, welches sie den Bürgern aushändigten, ein Volumen von 500.000 Euro angegeben, beim zweiten Papier stehen nur mehr 170.000 Euro. Also eine der beiden Summen wird ja stimmen. Dann kommen fünf Fragen für die Bevölkerung zustande.

Diese Fragen finde ich von mir aus in Ordnung. Aber sie wollen sparen? Ich weiß nicht wo hier gespart wird. Die Öffnung der Eisenhowerstraße ist nicht beziffert. D.h. im besten Fall kommt hier eine Null heraus.

Sie schreiben der Kauf des Stadttheaters ist beschlossen und gleichzeitig wollen sie die Eigenveranstaltungen kürzen. Könnte man sich vielleicht das Stadttheater ersparen und die Stadthalle renovieren?

Auch die Interne Revision wollen sie kürzen. Gerade haben wir den Stadtrechnungshof eingerichtet und die Interne Revision aus der Kontrolle herausgegeben. Jetzt plötzlich brauchen wir nur mehr eine Person?

Sie sagen immer wir müssen sparen, den Gürtel enger schnallen – es trifft aber meistens die, die sich die Hose zum Gürtel fast nicht leisten können. Noch dazu haben sie ein Ergebnisverbesserungsvolumen von 5 Mio Euro für 2020 im Köcher. Subventionen für Vereine mit Schwerpunkt arbeitsbeschaffende Maßnahmen stehen ebenfalls auf einer Liste. Gleichzeitig gibt es eine Wirtschaftsförderung. Eine undurchsichtige Wirtschaftsförderung, die darauf abzielt Arbeitsplätze zu fördern und den Erhalt der Arbeitsplätze durch Wirtschaftsförderung zu sichern. Wenn sie dann hier verkünden, dass 2008 eine Wirtschaftskrise war und jetzt keine mehr ist, dann frage ich mich wirklich, warum haben wir so viel Arbeitslose? Warum zahlen wir heute noch für die Hypo-Alpe-Adria? Aus diesem Grund erhalten wir weniger Bundesertragsanteile.

Sie sagen, die Pensionisten in Lichtenegg benutzten die Räumlichkeiten gratis. Sie sind nicht informiert: Wir haben ein Angebot von monatlich 600 Euro an Miete.

Sie sprechen von einer Struktur- und Aufgabenreform. Ist das ihre Strukturreform? Ich würde gerne mitmachen, aber wenn sie hier die Dinge verdrehen und sagen wir haben nur Schulden hinterlassen, geht das nicht. Sie hatten eine Rücklage von über 2 Mio. Euro am Jahresbeginn. Die letzten Jahre äußerte die FPÖ Anträge und Wünsche in zig-Millionenhöhe. Laden sie uns ein, zeigen sie uns alle Punkte, dann sind wir gerne bereit mitzuarbeiten.

Ein Zitat zum Schluss: Wir blicken voller Zuversicht auf eine schöne Vergangenheit.

GR. Mag. Brenner-Nerat: Eine Frage an die Sozialreferentin: Auf dieser Ja-Abstimmungsliste ist enthalten bessere Alternativen für Heimunterbringungen zu finden.

Gut und schön! Grundsätzlich machen die zuständigen Mitarbeiterinnen des Magistrats, der Kinder- und Jugendhilfe, nichts anderes als die Heimunterbringung die ganze Zeit hintanzustellen. Jede Möglichkeit, die im Vorfeld ergriffen wird um diese zu verhindern, wird umgesetzt und gewählt. Daher meine Frage an sie: Wo sehen sie denn noch andere Alternativen als das was die Magistratsmitarbeiterinnen jetzt bereits tun? Wenn das auf der Ja-Liste steht, wird es ja wohl noch ein Thema sein.

GR. Schönberger: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meister der Rhetorik und Halbwahrheit! Eines muss ich sagen, wenn man heute zu einem Verhandlungstisch gebeten wird nimmt man an, dass alle Unterlagen auf dem Tisch liegen. Wenn 390 Punkte ausgearbeitet werden, 175 Punkte zur Disposition stehen, willkürlich zusammengestrichen auf knapp unter 50 Punkte, von den 50 Punkten sind 2 Punkte für die Bevölkerung zur Abstimmung übrig geblieben, so ergibt dies ein recht mageres Ergebnis.

Wenn dann der SPÖ gesagt wird, ja ihr hattet bei der Tagesheimstätte überhaupt dazu keine Meinung, dann muss man sich die Genesis genauer anschauen. Seit Beginn der Legislaturperiode gibt es ein Parteiübereinkommen, welches ich als Vertrag werte. In diesem sind dezidiert die Tagesheimstätten als Außerstreitstellung enthalten. Warum stehen diese nun auf der Sparliste? Weil man vielleicht bewusst den Verhandlungspartner am Tisch desavouieren will. Genauso ist das zu sehen. Man hat von Anfang an nur eines versucht, wir wollen die zweitgrößte Fraktion einfach „dumm sterben lassen“, indem wir ihr die Informationen nicht zur Verfügung stellen. Das war ihr Ansinnen seit Beginn an.

Was ging bei dieser Bürgerbefragung schief? Was wollten sie in Wirklichkeit durch diese Bürgerbefragung haben? Sagen sie es doch ehrlich! Sie wollten eine Generalabsolution von der Bevölkerung haben, um all diese Sparmaßnahmen durchzudrücken. Wenn sie sagen, es gibt keine offenen Punkte, ist das o.k. Ich gehe davon aus, dass diese offenen Themen, nachdem sie Teil der Bürgerbeteiligung sind, nicht mehr relevant sind und zu den Nein-Themen gehören. Somit hat sich sehr viel endgültig erledigt.

Gleichzeitig verstehe ich die Haltung der ÖVP nicht, die sagt, eine Bürgerbeteiligung, wie sie im Statut der Stadt Wels steht, ist viel zu kostspielig. Ja, Demokratie kostet halt etwas! Das ist so! Es muss das einem Wert sein, wenn man in einer Stadt wie Wels lebt, dass man das Geld in die Hand nimmt, weil auch diese Befragung, die meines Erachtens wirklich „Wischi-Waschi-Fragen“ sind, etwas kostet. Hätten wir – die SPÖ – in der Vergangenheit solche Fragen der Bevölkerung gestellt, hätten ihr uns medial und auch hier im Gemeinderat „in der Luft zerrissen“. Ich verstehe nicht, warum dies auf Gedeih und Verderb durchgezogen werden muss, warum man sich den Schneid´ nicht selbst abverlangt und sagt, o.k. wir haben uns vergaloppiert, lassen wir das sein, lassen wir die Bevölkerung wirklich über „etwas Gescheites“ abstimmen. Lassen wir abstimmen über eine Qualitätsverschlechterung in der Kleinst- und Kleinkinderbetreuung. Wenn du heute über die Kindergärten sprichst, dann kannst du natürlich etwas steuern. In den Klein- und Kleinstkinderbetreuungen haben wir schon ein Problem, wenn man auf das gesetzliche Mindestmaß zurückfahren wird. Bei den Kinderfreunden heißt das, dass ein Drittel der Belegschaft gekündigt werden muss, weil wir die Tarife dort nicht erhöhen können und weil von der Stadt die Abgangsdeckung nicht mehr bezahlt wird. Das muss man der Bevölkerung ehrlich mitteilen.

Ihr seid zur Wahl angetreten, weil ihr etwas verändern wolltet, weil ihr Entscheidungen treffen möchtet. Dann bitte entscheidet - ihr habt die Mehrheit! Ihr pflegt diese Mehrheit auch in einer Koalition. Im Übrigen, ihr hattet auch in der letzten Legislaturperiode, wo auch so viele Schulden entstanden sind, die Mehrheit. Bekanntermaßen sind 19 von 36 Mitgliedern eine Mehrheit. Nur weil ihr auch dazumal nicht handelseinig wurdet oder die ÖVP noch nicht so weit war, wie sie jetzt ist, dass sie „schon Amen schreit bevor einer ausgebetet hat“, nämlich sie Herr Bürgermeister. Nun haben sich für einen Koalitionspartner natürlich die Rahmenbedingungen geändert. Dann wünsche ich ihnen für die Zukunft viel Glück, wenn es um die wirklich wahren Fragen geht, die in dieser Stadt anstehen. Dazu braucht man eine Zweidrittelmehrheit.

Wenn so gespart werden muss, verstehe ich das Ansinnen nicht, warum wir ein Doppelbudget auf Gedeih und Verderb haben wollen. Wenn ich weiß ich muss sparen, dann nehme ich mir das gleich für das nächste Jahr vor und nicht erst in zwei Jahren. Nicht ein Doppelbudget pflegen, dieses einfordern und dieses in das außer Streit stehende Parteiübereinkommen hineinschreiben.

GR. Hufnagl: Vorab möchte ich einiges erklären: Sie werden sich sicher wundern warum die NEOS bisher noch keine Stellungnahme zum Antrag einer Sondergemeinderatsitzung abgaben. Vorher hatten wir die Aktuelle Stunde. In dieser dürfen sich nur Fraktionen zu Wort melden. Wir sind im Moment leider nur mit einem Mandat vertreten, das wird sich vielleicht dann ändern, sind somit keine Fraktion und daher darf ich mich bei der Aktuellen Stunde auch nicht zu Wort melden. Nachdem der Herr Bürgermeister heute sehr genau die Geschäftsordnung auslegt, wusste ich es hat keinen Sinn, darum werde ich jetzt unseren Standpunkt darlegen.

Bgm. Dr. Rabl: Die Geschäftsordnung nehme ich immer genau.

GR. Hufnagl: Wir NEOS tragen sinnvolle Einsparungs- und Restrukturierungsmaßnahmen mit. Ich möchte ganz dezidiert auf das Sinnvolle verweisen. Wir bekennen uns auch zur aktiven Mitarbeit und zur konstruktiven Lösungsfindung. Das ist unser Bestreben, unser Ansinnen. Für uns NEOS ist eine Bürgerbeteiligung ganz wichtig. Wir als Bürgerbewegung bekennen uns dazu, dass Bürger in diesen Prozess der Entscheidungsfindung miteinbezogen werden. Auch hier mit dem Zusatz: „Man muss etwas gescheit machen.“ Voraussetzung für eine gute Bürgerbeteiligung ist eine umfassende, jährliche, genaue, tiefe Information der Menschen über was sie eigentlich abstimmen sollen. Auf diesen Hauptkritikpunkt möchte ich heute eingehen.

Über den Prozess wurde heute schon sehr viel gesprochen – Mag. Teubl, Herr Ganzert – alle haben diesen Prozess „schon zerpfückt“. Meistens kann ich zustimmen, es wurde sehr gut erklärt. Es gab gewisse Dinge, die sicher nicht in Ordnung waren und bei denen man einen Lernprozess aufsetzen und sagen muss: Es muss das nächste Mal anders laufen, so kann es auf jeden Fall nicht gehen.

Mein Hauptkritikpunkt betrifft die Fragen. Bevor ich auf diese eingehe, möchte ich noch einige Erklärungen abgeben. Ich möchte jetzt nicht Anwalt für die SPÖ spielen, aber es gab ein paar Dinge, die ich vielleicht aufklären kann.

Jemand sagte, die SPÖ oder wir hätten immer hin und her geschwenkt zwischen Volksabstimmung und Volksbefragung. Für die GRÜNEN, die SPÖ und für die NEOS war es wichtig, dass das Ganze statutarisch abläuft. Im Statut stehen diese beiden

Möglichkeiten – Volksbefragung und Volksabstimmung. Wir entschieden uns für die Volksabstimmung, ganz einfach deswegen, weil wenn man schon die Bürger etwas fragt, muss das auch verbindlich sein. D.h. das Ergebnis der Abstimmung soll im Gemeinderat behandelt werden. Es macht keinen Sinn, wenn ich die Bürger auf oberösterreichisch „narrisch“ mache und sie stimmen ab und dann geht es nicht durch den Gemeinderat, weil keine politische Einigung besteht. Wenn, dann verbindlich – hier waren wir uns einig.

Was ich noch relativieren möchte, war der Termin, an dem sämtliche Fraktionen beisammensaßen und über die Einsparungsvorschläge abstimmten. Wir NEOS haben uns zu für uns klare und einfache Punkte geäußert, JA oder NEIN gesagt. Im Nachhinein hätte ich mich vielleicht so ähnlich verhalten wie die SPÖ. „Hut ab“ – ihr ward zumindest konsequent und sagtet generell es besteht Diskussionsbedarf. Warum? Auch ich fühlte mich in dieser Besprechung nicht ganz wohl. Sie müssen sich vorstellen, es wurde über 64 Punkte diskutiert, in eineinhalb Stunden wurden wirklich komplexe Themen besprochen. Solche 64 komplexe Themen kann man nicht in eineinhalb Stunden abhandeln. So gesehen „Hut ab“ vor der SPÖ – sie sagten zumindest o.k., das können wir nicht.

Zum Hauptpunkt – die Fragen an sich: Ein Problem habe ich mit zwei der fünf Fragen. Die ersten drei Fragen waren nicht bei diesen Einsparungsmaßnahmen enthalten. Hier wird über Investitionen oder Vorhaben gesprochen. Hauptsächlich geht es um den Busverkehr. Meines Erachtens sind dies „No-Na-Fragen“. Erstens herrscht eine politische Einigung darüber diese Dinge umzusetzen. Zweitens denke ich, dass eine große Mehrheit der Bürger sagen wird, ja wir wollen einen Nachtbus und einen Tangentialbus. Diese Fragen auf die Liste der Bürgerbefragung zu stellen ist ziemlich sinnlos. Das Ergebnis wird eindeutig sein. Ich glaube, man suchte einfach Fragen; es waren keine mehr übrig und dann haben eben die ÖVP und die FPÖ diese Fragen „aus dem Hut gezaubert“.

Eine der fünf Fragen, das ist das Thema Einbahn Eisenhowerstraße, wundert mich ebenfalls. Dabei geht es auch nicht um eine Einsparung. Zu diesem Thema müssten Verkehrsspezialisten sagen, ob das richtig ist oder nicht. Wenn ich die Bürger befrage, werden jene, die in der Eisenhowerstraße wohnen sagen, nein, das wollen wir nicht. Alle anderen Bürger werden sagen, das ist toll, dann kann ich von Westen nach Osten quer durch die Stadt fahren. Ob das Sinn macht, muss ein Spezialist sagen und die Politik muss darüber entscheiden. Dafür sind wir gewählt worden.

Nun komme ich zu den Themen VHS und Bildung. Beim Durchlesen fielen mir die Ausdrücke in den Fragen auf, beispielsweise „erheblich reduzieren“ oder „nur mehr teilweise selbst durchführen“. So etwas sollte in einer Frage nicht formuliert sein. Eine Frage soll klar verständlich sein. Stören tut mich eigentlich dieser Fragebogen. In diesem stehen die fünf Fragen untereinander, es sind nur die Fragen enthalten. Die Erläuterungen stehen auf einem eigenen Bogen – auch das halte ich für kritisch. Ich habe die Befürchtung es werden sich viele nur die Fragen durchlesen und aus Reflex irgendetwas ankreuzen. Wenn man diese beiden Fragen stellen möchte, ist es ganz wichtig, den Bürgern genau zu sagen was geschieht, wenn sie ja oder nein ankreuzen. Das ist meines Erachtens hier nicht passiert. Ich muss ganz genau sagen, welche Angebote der VHS wegfallen. Gibt es dann keine Ballettkurse, keine Kochkurse, keine Sprachkurse usw. mehr? Ich muss den Bürgern sagen um wieviel Prozent sich die

Gebühren erhöhen. 10, 15 oder 20 %. Einfach nur reduzieren und nicht zu sagen wie, halte ich für sehr gefährlich.

Noch schlimmer ist es bei der Kultur. In den Erläuterungen finde ich keine Information über eventuelle Einsparungen. Schließen wir den Schlachthof oder gibt es keine Konzerte mehr? Was auch immer – die Bürger haben ein Recht darauf zu wissen, was sozusagen sie mit ihrem ja oder nein auslösen. Mein Aufruf an alle Welser: Wenn euch nicht klar ist, was ihr damit bewirkt, dann bitte die Frage nicht mit ja oder nein sondern mit „keine Angabe“ zu beantworten. Bei einem dieser Workshops in der Stadthalle war ich selbst. Es kam ein Vorschlag eines Bürgers, er hätte gerne nicht nur ja oder nein sondern auch „ich kann mich nicht entscheiden“. Aus „ich kann mich nicht entscheiden“ ist keine Angabe geworden. Es ist eigentlich ganz etwas anderes. Diesen Vorschlag aufzunehmen, wäre die richtige Variante gewesen.

Wir halten zwei dieser Fragen für äußerst gefährlich – für brandgefährlich – und würden uns wünschen diesen Prozess zu stoppen. Zu sagen o.k., es ist nicht optimal gelaufen, wir setzen das neu auf, wir überlegen uns vielleicht andere Fragen, wir finden eine Lösung, mit der alle Gemeinderatsparteien „mitkönnen“, wir beschließen dies gemeinsam, wir machen eine Volksabstimmung und das was die Bürger sagen setzen wir auch durch, wäre gescheit. Mein Aufruf an die FPÖ und ÖVP hier vielleicht doch in sich zu gehen und dem Antrag der SPÖ, der GRÜNEN und NEOS zuzustimmen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Der zentrale Punkt bei dieser Thematik ist doch volkstümlich gesprochen „wofür brauchen wir das?“. Auf hochdeutsch: Wozu ist diese Befragung denn eigentlich wirklich gut? Ich finde sie ist für überhaupt nichts gut. Warum?

Wir hörten, sie sollte eigentlich dazu dienen, dass Bürger bei den Einsparungsvorschlägen mitentscheiden können. Von den 390 Vorschlägen der ICG befinden sich zwei in dieser Befragung. Von den 44 Vorschlägen, die die Parteien kennengelernt haben, ist ein einziger Punkt – nämlich der mit der teilweisen Reduktion der Kulturveranstaltung - enthalten. D.h. für den Zweck, dass die Bürger mitentscheiden können wo gespart werden soll, ist diese Befragung offensichtlich ungeeignet. Es soll ein Einsparungspotential von 10 bis 14 Mio. Euro geben, wie Herr Bürgermeister heute schon sagte. Wenn wir schauen, das Einsparungspotential der Fragen auf diesem Papier beträgt zusammen 390.000 Euro, also ein winziger Teil dieser 10 bis 14 Mio. Euro. Dafür ist diese Bürgerbefragung nicht gut.

Plötzlich hieß es, alle können auch andere Fragen bringen. Nun werden die Bürger über den Verkehr befragt, ganz egal ob diese sinnvollerweise von der Bevölkerung zu beantworten sind oder nicht, wie die Öffnung einer Einbahn, was vollkommen absurd ist. Nein, Hauptsache es wird irgendetwas gefragt. Wir hätten auch Vorschläge bringen können. Worüber hätten wir noch Fragen stellen sollen? Wir hätten sicherlich Vieles was man fragen kann. Es ging jedoch um etwas anderes, nämlich um die Frage der Strukturreform im Magistrat. D.h. für mich, diese Befragung hat einfach stattfinden müssen. Ganz egal was gefragt wird, Hauptsache ist wir fragen. So eine Befragung schaut gut aus und am besten zur Bundespräsidentenwahl, damit die Wahlbeteiligung gehoben wird. Es sind natürlich auch andere Gedanken mit im Spiel gewesen. Aber – was ich für ganz besonders gefährlich halte – ich glaube, dass diese Befragung eine Nebelgranate ist. Eine Nebelgranate deshalb, weil im Vordergrund mit diesem Thema ein Diskussionsbedarf erzeugt wird. Alle reden über diese Befragung, während im

Hintergrund Einsparungen schon durchgezogen werden, einfach Tatsachen geschaffen werden in ganz anderen Bereichen.

Die Verschlechterung der Kinderbetreuung ist bereits beschlossene Sache. Die Reduktion beim Personal der Frauen- und Gleichbehandlungsstelle ist bereits passiert. Das sind alles Dinge, die in Wirklichkeit schon gemacht werden. Darüber wird nicht geredet, das ist nicht Gegenstand der Befragung. Wenn der Herr Bürgermeister bei sehr vielen Dingen sagte, das wird nicht eingespart, dann frage ich mich wofür gibt es dann diese Listen? Alle diese Dinge sind auf der gelben Liste, wo angeblich noch weiterdiskutiert wird. Solange weiterdiskutiert wird muss ich davon ausgehen, dass sie auch kommen, sonst brauche ich nicht mehr diskutieren sondern kann sagen, das ist vom Tisch.

Als Beispiel möchte ich diese Fragestellung zur Kultur nehmen. In einer ersten Variante hieß diese Frage „Sollen Veranstaltungen im Kulturbereich nicht mehr von der Stadt Wels sondern nur mehr von Fremdveranstaltern durchgeführt werden?“ Einsparungspotential eine halbe Million Euro. Herr Bürgermeister legte eine zweite Variante vor, über die jetzt abgestimmt wird. Diese heißt: Sollen Veranstaltungen im Kulturbereich nur mehr teilweise von der Stadt Wels selbst sondern von Fremdveranstaltungen durchgeführt werden? Deutsch ist dieser Satz nicht – aber das ist egal. Inhaltlich hat er auch nicht viel Sinn – denn was heißt dieses „nur mehr teilweise“?

Wenn man weiß, was die Stadt Wels im Kulturbereich macht, kann man eigentlich sagen welchen Teil man meint. Denn die Eigenveranstaltungen der Stadt Wels sind erstens die Abonnement-Konzerte – hier hörten wir heute, das ist nicht betroffen. Sind zweitens die Theatervorstellungen – hier bin ich mir noch nicht ganz sicher. Drittens „Kultur am Tisch“ im Schlachthof – das kostet nicht viel, das bringt nicht diese Einsparungssumme, und der Kornspeicher. D.h. wenn jetzt von einer Einsparungssumme von 170.000 Euro bei dieser teilweisen Reduktion ausgegangen wird, dann kann man sich vorstellen was betroffen ist – nämlich die Veranstaltungen im Kornspeicher. Warum sagt man das nicht? Warum sagt man nicht: Soll die Stadt Wels auf Veranstaltungen im Kornspeicher in Hinkunft verzichten? Das steht nämlich zwischen diesen Zeilen. Warum macht man hier eine Formulierung, die mehr verschleiert als dass sie tatsächlich für eine Ja- oder Nein-Frage klar zum Ausdruck gebracht wird. Das ist unser Kritikpunkt an dieser Befragung, meine Damen und Herren! Dass hier im Hintergrund die großen Dinge bereits passieren. Tatsächlich Verschlechterungen im Sozialbereich stattfinden, nämlich bei der Kinderbetreuung, bei der Personalreduktion in den Alten- und Pflegeheimen – alles das ist auf der Liste. Solange es nicht von dieser Liste entfernt wird gehen wir davon aus, dass es kommt. Teilweise erfolgte dies bereits.

Deshalb sind wir gegen diese Befragung. Nicht nur gegen diese Befragung sondern auch gegen die Art und Weise wie mit diesen Einsparungsvorschlägen der ICG umgegangen wird. Wir wollen endlich volle Transparenz und die Diskussion über jeden einzelnen dieser Vorschläge, dort wo die Diskussion hingehört, nämlich in die zuständigen Gemeinderatsausschüssen – sonst nirgends!

GR. Kirchmayr: Diese Bürgerbefragung ist meiner Meinung nach umsonst. Zu der angesprochenen Liste habe ich einige Fragen: Wie kommt man zu diesen Zahlen? Beispielsweise bei der Stilllegung der Küche im Leopold-Spitzer-Heim? Diese ist bereits

seit zwei Jahren auf Schiene. Es steht „Einsparung von 300.000 Euro“. Es geschieht bereits. Die Mitarbeiter werden andernorts eingesetzt. Manche Mitarbeiter werden umgeschult. Warum diese auf der Liste steht, verstehe ich nicht.

Der zweite Punkt betrifft die Einsparung bei den Reinigungskräften 141.000 Euro. Ich habe es mir durchgerechnet. Fast alle Reinigungskräfte arbeiten Teilzeit, haben einen Monatsverdienst von 800 Euro brutto. Um diese 141.000 Euro zu sparen, müssten wir 20 Reinigungskräfte einsparen. Weniger Geld ist nicht mehr möglich, sie werden bereits in der untersten Gehaltsstufe entlohnt. Auch bei den Reinigungsmitteln wird schon lange gespart. Es werden nur mehr jeden zweiten Tag die Toiletten gereinigt. Man hat viel Freude um 07.00 Uhr morgens die Toilette aufzusuchen und zu sehen, wie diese am Vortag benützt wurde.

Es liegt auf der Hand, es geht auf Kosten der „Kleinen“ - so viel zum Thema „Die neue Arbeiterpartei“. Gespart wird immer wieder auf dem Rücken der Arbeiter und der kleinen Leute. Das soll in Zukunft wahrscheinlich so weiter gehen.

Vzbgm. Huber: Ich finde es einen Wahnsinn, wenn du, Herr Bürgermeister, uns einfach für dumm verkaufst. Bei deiner Wortmeldung hast du die SPÖ sehr angegriffen und schreibst mir gleichzeitig „Liebe Silvia, ich würde mich freuen, wenn die SPÖ sich künftig in die Prozesse einbringt.“ Glaubst du wirklich, wir sind die „Watschenpartei“, mit der man machen kann was man will? Da werden Sachen erzählt, die einfach nicht stimmen.

Wenn du sagst, im Kindergarten soll mehr Personal eingesetzt werden, dort wird ja gar nicht gespart. Nein! Wenn es stimmt, dann soll mir jemand erklären Einsparungsergebnisse, Verbesserungsvolumen Einsparung 266.400 Euro. Dann stimmt die Zahl halt nicht – irgendetwas daran stimmt nicht.

Wenn man die Budgetsituation in Wiener Neustadt heranzieht, muss man ehrlich sagen, warum war Wiener Neustadt in finanziellen Schwierigkeiten? Nicht wegen der Misswirtschaft, sondern weil es ein städtisches Krankenhaus gab, für das sie den Abgang bedecken mussten. Das ist für eine Stadt eine riesige Herausforderung. Aber das weißt du ja sicher, du warst ja in Wiener Neustadt. Wenn du den Bürgern verclickern willst, sie müssen Entscheidungen treffen, die wesentlich für unsere Stadt sind, finde ich das gut, wenn diese auch solche Entscheidungen treffen dürften. Aber, wenn wir so sparen müssen? Einsparung von 390.000 Euro? Also hier denke ich mir, die Bürger werden sich selbst ein Bild machen können. Dazu möchte ich nichts sagen.

Es wird mit zweierlei Zahlen gespielt. Z.B. für unsere Zukunft: Die Stadt Wels hat Schulden von 69,2 Mio. Euro – darum müssen wir so sparen, das versteht jeder! Diese Zahlen wurden vom Voranschlag 2016 genommen. Ich machte mir die Mühe und rechnete mir die Zahlen durch. Wenn wir den Ertrag der Put-Option miteinrechnen, dann haben wir mit dem Rechnungsabschluss 2016 knapp 29 Mio. Euro Schulden. Das wollte man natürlich den Welsern nicht sagen, denn mehr Schulden macht mehr Stimmung.

Du, sehr geehrter Herr Bürgermeister, redest von „Anschwärzen“. Doch was machst du seit der Wahl? Ständig steht in den Medien wegen der Misswirtschaft der SPÖ müssen wir jetzt so sparen. In Erinnerung rufen darf ich nochmals: In den letzten 13 Jahren haben wir 171 Mio. Euro für die Welser in vielen Bereichen, wie in Altenheimen,

Kindergärten, Sportzentren usw. investiert. Ich gebe einem Kollegen Recht, natürlich mit Mehrheit – für ein Darlehen brauchen wir noch immer eine Zweidrittelmehrheit des Gemeinderates und nicht eine damalige kleine SPÖ-Mehrheit. Wenn du sagst, wir betreiben Stimmungsmache – bitte, wir müssen jetzt wegen der SPÖ-Misswirtschaft sparen? Das führt auch zu Hasspostings – es sollte darüber nachgedacht werden, was in den Presseaussendungen steht. Das findet die SPÖ auch nicht gut.

Der „Karren ist irgendwie verfahren“ – irgendwie ging man ein bisschen zu weit – einerseits macht man eine Bürgerbefragung und daher müssen Fragen aufgestellt werden. Nur die Fragen sind inhaltlich sehr dürftig. Nichts gegen eine Bürgerbefragung, Volksbefragung, Volksabstimmung nach dem Statut, aber halt mit Fragen, zu denen der Bürger auch sagen kann, ja, da darf ich etwas entscheiden. Bei den genannten 3,4 Mio. Euro Einsparungen sind Dinge dabei, die einfach nicht so passen. Z.B. die Küche im Haus Leopold Spitzer ist ja bereits auf Schiene. Na klar, denn wenn man ein neues Haus in der Hans-Sachs-Straße, in der Noitzmühle baut, die Küche in der Neustadt aus diesem Grund auch erweitert und adaptiert, damit die Versorgung in dem Hausgemeinschaftsmodell, zu dem wir uns bekannten, funktionieren kann, brauchen wir die Küche im Haus Leopold Spitzer nicht mehr. Das war schon in meiner Zeit als Sozialreferentin auf Schiene.

Es gibt noch einen Punkt, bei dem wir uns bei der Abwicklung noch nicht ganz einig sind, aber die Nutzungsänderung des Hauses Magazinstraße ist bereits geklärt. Natürlich gab es unter Zeiten von Bgm. Dr. Koits und mir bereits Überlegungen. Dieses Haus ist als einziges der Alten- und Pflegeheime nicht barrierefrei. Dass wir in diesem Bereich etwas tun müssen, war schon klar. Wir haben unterschiedliche Zugänge. Der Herr Bürgermeister möchte das Haus am liebsten gleich schließen, 72 Betten weniger! Ich sagte nach Gesprächen mit der neu zuständigen Stadträtin – Nutzungsänderung ja, langsam zurückfahren mit der Belegung, schauen, ob wir im Generationenwohnen nicht eine neue alternative Wohnform hineinbringen. Also einfach das Ganze beobachten und behutsam vorgehen. Auch das war bereits angedacht. Die Einsparung geht sich natürlich nie aus. Wenn man eine alternative Wohnform macht und vielleicht mit der Belegung zurückfährt, braucht man mehr mobile Dienste, die ja auch etwas kosten, kommt unter dem Strich nicht 900.000 Euro an Einsparung heraus.

So gibt es einige Zahlen, wo ich mir denke, die stimmen nicht. Das Thema Personal sprach GR. Kirchmayr bereits an.

Wir hätten auch die Bevölkerung zum Thema Versorgungssicherheit fragen können. Möchte man weniger Betten in den Alten- und Pflegeheimen? Ich weiß, wir sind eine soziale Stadt, es gibt einen Bedarfsentwicklungsplan – wir sind ganz oben. Ja wir sind ganz oben – ich bin stolz darauf, dass die soziale Stadt für ältere Menschen vorsorgt.

Warum darf die Bevölkerung nur in Punkten mitreden, bei denen sich die Politik nicht einigte? Das ist auch ein bisschen wenig – hier hätten man auch mehr machen können.

Zum Schluss sage ich, eigentlich haben sie uns gewählt, dass wir Entscheidungen treffen – das sollten wir auch tun!

StR. Reindl-Schwaighofer: Wir beriefen diese Gemeinderatsitzung ein, weil wir über diese Themen reden wollten. Wir wollen nicht über Presseaussendungen verordnet bekommen, was jetzt sozusagen Sache ist. Es ist bravourös wie der Herr Bürgermeister

in einem 35-minütigen Monolog mit erhobenem Zeigefinger den Gemeinderat zurechtwies, vor allem die SPÖ, weil diese nicht so funktioniert, wie er sich das vorstellt. Wen wundert das? Zuerst sagte ich bereits – Einbinden und Kooperation schaut einfach anders aus. Wenn man nicht alle Informationen bekommt, dann darf der sich, der die Informationen zurückhält, nicht wundern, dass man diese Informationen braucht und haben will, bevor man sich in so einen Prozess begibt. Da kann der Herr Bürgermeister in seinem 35 Minuten to-do-Monolog sagen was er will – dass ist die Tatsache!

Lassen sie sich ein Zitat im Mund zergehen, welches der Bürgermeister im Zusammenhang mit der Bürgerbeteiligung zuerst äußerte: Bürgerbeteiligung hat funktioniert, weil das herausgekommen ist, was herauskommen sollte. Der große Plan stand vorher fest, es sollte das herauskommen, was herausgekommen ist. Dass diese Fragen No-Na-Fragen sind, wurde bereits gesagt. Es ging anscheinend nicht darum was gefragt wird, sondern dass etwas gefragt wird. Jetzt haben wir Fragen, mit denen im Wesentlichen niemand etwas anfangen kann.

Die Chance, die eine Verschiebung der Bundespräsidentenstichwahl dem Bürgermeister gebracht hätte, wäre gewesen diesen Prozess neu aufzusetzen. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, gehen wir diesen Prozess so an wie er sich das verdient, wenn es um unsere schöne Stadt geht. Setzen wir den Prozess so auf, dass wir gemeinsam Fragen festlegen, die wir den Bürgern unterbreiten. Sonst wird immer übrig bleiben, wir haben einen Bürgermeister, der sich mit diesen Fragen gerne hinter den Bürgern verstecken möchte. Nun kann er sagen, nein so ist es gar nicht gemeint, sondern das war ganz anders oder die Bürger wollten ja, nicht ich wollte ...

Hernehmen darf ich das neue Amtsblatt, aus dem ersehen werden kann, wie den Menschen Sand in die Augen gestreut wird und was Realität ist. Im Vorwort des Bürgermeisters steht unter dem Punkt „zukunftsweisende Finanzpolitik“: „Bei der Bürgerumfrage sollten Serviceleistungen der Stadt Wels zur Abstimmung gelangen, die von möglichst vielen Bürgern in Anspruch genommen werden.“ Der Wahrheitsbeweis – was kam heraus: Kultur, Bildung und Mehrkosten.

Es gibt ein zweites Zitat des Bürgermeisters: „Politiker sind aber dazu gewählt notwendige Reformen anzupacken, auch wenn diese unbeliebt sind. Ausgeschlossen waren für mich Einsparungen im Bereich Sicherheit bei unseren Kindern und Senioren sowie dort, wo es die Ärmsten trifft.“ Was haben wir getan? Es gibt eine Liste, auf der beispielsweise die Qualität der Kinderbetreuung erheblich verschlechtert wird. Wir bekannten uns im Gemeinderat zur höchstmöglichen Qualität im Bereich der Kinderbetreuung. Wir verständigten uns immer darauf, dass wir in allen Gruppen zwei Pädagoginnen wollen und dass wir noch die Hilfskindergärtnerinnen für die Sprachunterstützung und für die Spielgruppen haben. Was wird jetzt gemacht? Das ist keine Qualitätsverschlechterung, wie der Herr Bürgermeister meint? Wir fahren zurück auf eine Pädagogin und eine Hilfskraft. Das ist keine pädagogische Verschlechterung, das ist die Quadratur des Kreises. Wenn das jetzt alles so nicht gemacht wird, wie soll dann die Einsparungssumme zustande kommen?

Der zweite Punkt betrifft die Senioren. Wir bekannten uns immer dazu, dass die Seniorenbetreuung eine wichtige gemeinschaftliche Aufgabe ist. Wir wissen, die Alterspyramide zeigt, dass die Gruppe der über 80-Jährigen massiv steigen wird. Wir wissen - viele auch aus dem persönlichen Bereich - dass die Pflegebedürftigkeit der Menschen immer höher wird, dass wir immer mehr Menschen mit hohen Pflegestufen in

den Pflegeheimen haben. Was machen wir? Wir verschlechtern die Qualität, indem wir das Personal herunterreduzieren auf sogenannte Mindeststandards. Das ist FPÖ-Pflegepolitik!

Zwischenruf Bgm. Dr. Rabl: Das stimmt überhaupt nicht!

StR. Reindl-Schwaighofer: Besonders stört mich, dass auf dieser Liste die Summe 550.000 Euro der Kameradschaftskasse der Freiwilligen Feuerwehr steht. Ich hoffe, dass die Feuerwehrkameraden das sahen. Das stand zumindest zur Disposition. So wird in unserer Stadt mit unserer Sicherheit umgegangen. Das müssen wir uns alle im Mund zergehen lassen, das ist nicht destruktiv. Das sind Listen, die vom Herrn Bürgermeister so vorgelegt wurden. Auch wenn dieser glaubt, er kann irgendwelche Dinge konstruieren, der Kurs stand von Beginn an fest. Es ging immer darum eine Bürgerbefragung zu machen, ganz egal welche Fragen gestellt werden. Es ging nie darum die anderen Parteien des Gemeinderates einzubinden. Das ist ein Kurs, der muss genauso enden wie er jetzt endet, nämlich ganz knapp vor dem Aufprall an der Wand. Wir werden am 2. Oktober sehen wie die Beteiligung war. Dann können wir wieder darüber diskutieren, wie wir mit diesen Themen weiter umgehen werden.

Es geht um die Stadt Wels. Es geht darum, dass wir gemeinsam ernsthaft für die Stadt arbeiten und nicht mit solchen „Wischi-Waschi-Fragen“, mit so einer Farce-Befragung die Bürger belästigen und so tun, als ob diese wirklich entscheiden würden.

Mitentscheidung sieht anders aus und Mitentscheidung ist im Wesentlichen gefußt auf gesetzliche Rahmenbedingungen.

Sehr geehrter Kollege Dr. Csar! Es ist abenteuerlich wie du versuchst, diese Bürgerbefragung, die ein reiner Willkürakt ist, als sicher darzustellen gegenüber den Dingen, die im Statut der Stadt Wels ganz genau geregelt sind. Es wurde bereits von einem Vorredner gesagt: Wenn wir uns zu demokratischen Prozessen bekennen, dann darf das auch Geld kosten. Ich las in einer Zeitung, dass diese Bürgerbefragung 110.000 Euro kostet – bitte aber ohne die Beraterhonorare! Wo wurde das beschlossen? Wo wurde beschlossen, dass wir dafür 110.000 Euro ausgeben? Ich weiß schon, es gibt verschiedene Kostenstellen und verschiedene Zugänge. Nur, dass wäre die erste Position gewesen, um echt Geld einzusparen.

GR. Scheinecker: Dr. Csar sagte schon: „Wir lassen nicht eine Mehrheit über eine Minderheit abstimmen. Wir lassen nicht eine Gruppe über die andere abstimmen.“ In diesem Punkt gebe ich – und ich glaube, das war noch nie der Fall – dem Kollegen aus der ÖVP Recht. Diese Fragen betreffen keine Minderheiten, es sind aber auch keine weltbewegenden Fragen. Sehe ich mir diese Fragen an, sehe ich auch keine großen Einsparungspotenziale. Wir reden darüber, dass wir über die Top 50 Punkte diskutieren, damit es sich auszahlt darüber mit den Bürgern zu reden. Von diesen Top 50 Punkten schaffte es gerade ein Punkt in diese Bürgerbefragung.

Dieser Riesenprozess, den wir finanzieren und der uns hier schon einige Stunden mittlerweile beschäftigt, kommt gar nicht in diese Bürgerbefragung. Ich kritisiere, dass wir über Bürgerbeteiligung, über Magistrats- und Strukturreformen und andere Projekte reden ohne den Bürger zu beteiligen. Das ist eine reine Farce. Die am 02. Oktober gestellten Fragen sind ja ganz nett, aber Fragen über wichtige Entscheidungen für die Bürger werden nicht gestellt. Wir fragen nicht, ob sie Einsparungen bei der

Kinderbetreuung möchten. Es wurde mehrfach dementiert, dass bei der Kinderbetreuung gespart wird und trotzdem steht hier ein Einsparpotenzial von 266.400 Euro. Wie soll ich bei der Kinderbetreuung sparen, wenn ich das Personal entsprechend der gesetzlichen Anforderungen einsetze und nicht die Standards heruntersetze, die wir jetzt haben? Ich möchte naiv an den „Wunderwuzzi“ glauben, der den pädagogischen Standard hochhält und gleichzeitig 266.400 Euro einspart ohne Personal zu kürzen.

StR. Josseck-Herdt: Es ist jetzt an der Zeit, hier etwas zurechtzurücken. Ich wundere mich, Herr StR. Reindl-Schwaighofer, wie schäbig sie heute vorgehen. Ich würde sie ja einfach ignorieren, aber im Publikum sitzen Senioren, die womöglich noch glauben, was sie da sagen. Es ist nicht daran gedacht Personal in den Seniorenheimen einzusparen. Die Qualität muss sich sogar noch verbessern und wenn wir noch Personal brauchen, soll es so sein. Das ist uns ganz wichtig! Es werden auch nicht die Tagesheimstätten geschlossen. Das wird wissentlich und ganz bewusst gestreut.

Es handelt sich bei dieser Liste um Vorschläge aus den Abteilungen. Nehmen sie das zur Kenntnis! Das heißt nicht, es wird gemacht. Es kann gar nicht oft genug betont werden wie verwerflich das ist. Ich wundere mich auch über einen Artikel von Frau Vzbgm. Huber, denn wenn du nicht weißt wovon du schreibst, dann lass es lieber und berichte über dein Referat. Oder hast du nichts zu berichten?

Bei den Kindergärten wird der pädagogische Wert noch gestärkt, indem wir natürlich keinen Pädagogen einsparen, sondern diese teilweise zur Sprachförderung heranziehen. Für andere nicht so pädagogisch anspruchsvolle Tätigkeiten nehmen wir zusätzlich Helferinnen auf. Ich hoffe, das geht jetzt in ihren Kopf hinein. Wir nehmen sogar mehr Geld in die Hand. Das sind unsere Pläne. Sie nützen jede Gelegenheit, um uns anzuschwärzen und werfen uns vor die Schwächsten - die Senioren und die Kinder - zu benachteiligen. Die Kinder können sich nicht helfen, die Senioren haben keine Lobby und wurden in den letzten Wochen von ihnen ununterbrochen verunsichert.

GR. LAbg. Dr. Csar: Danke, Kollegin Scheinecker, für das Lob. Ich habe es auch ernstgemeint. Wir möchten nicht eine Gruppe gegen die andere ausspielen, das wäre verwerflich. Darum kamen auch nicht solche Fragen.

Es wird nicht über den Kulturbereich abgestimmt, nicht darüber einige Kulturveranstaltungen bzw. Eigenveranstaltungen zu kürzen oder abzuschaffen oder die Volkshochschule und Tagesheimstätten zu schließen. Ich weiß nicht, woher diese Angstszenerien kommen. Es wird immer wieder darüber gesprochen, dass die vollen Vorschläge dargestellt und allen Fraktionen zur Verfügung gestellt werden sollen. 50 Vorschläge der ICG sind bekannt. Jetzt wird immer davon gesprochen, als ob FPÖ und ÖVP genau diese 50 zur Diskussion vorliegenden Punkte umsetzen wird. Davon ist aber keine Rede.

Ihr wollt die vollen 150 Vorschläge. Aber dann heißt es wieder, diese von der ICG erstellten 150 Vorschläge sollen umgesetzt werden. Da liegt ein großer Schritt dazwischen. Deshalb ersuche ich um etwas mehr Sachlichkeit und Überlegung, um in Ruhe über den Gegenstand der heutigen Gemeinderatssitzung diskutieren zu können. Ihr wollt über die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit der Bürgerbefragung sprechen. Wir haben gesagt, wir werden sie durchführen und werden sie zu Ende bringen und die Ergebnisse verlautbaren. Daran wird sich heute nichts mehr ändern. Wenn die

Ergebnisse vorliegen, kann immer noch evaluiert werden, wie spätere Bürgerbefragungen getätigt werden.

Jetzt irgendwelche Angstszenerien vorzutäuschen ist nicht angenehm und fair. Ein Redner sagte heute, dass eine Nebelgranate geworfen worden ist mit dieser anstehenden Bürgerbefragung. Die Nebelgranate wird gerade heute geworfen, weil sehr unsachlich und unqualifiziert mit Vorschlägen hantiert wird. Ich ersuche um etwas mehr Sachlichkeit. Außerdem wird nicht über eine Strukturreform abgestimmt, sondern über Aufgaben. Bitte hier zu unterscheiden. In der Befragung gibt es keine einzige Frage zur Kinderbetreuung. Daher bin ich über die heutige rege Diskussion verwundert.

Ich denke wir sollten hier mehr Sachlichkeit, mehr Normalität hereinbringen, diese Bürgerbefragung durchführen und nachher darüber reden, was mit den Ergebnissen geschieht. Die Politik ist dafür da zu entscheiden. Fürchtet euch nicht davor, wir werden das schon gemeinsam schaffen. Wir haben schon viele unangenehme Sachen geschafft.

Heute wurde erwähnt, es handle sich dabei nur um Wischi-Waschi-Fragen. Das möchte ich nicht bewerten. GR. Ganzert sagte in der gemeinsamen Presseerklärung, dass er eine statutarmäßige Befragung durchführen möchte und nur mit dieser einverstanden ist. Solche Wischi-Waschi-Befragungen werden auch nicht besser, wenn sie statutarmäßige Befragungen sind. Wenn ihr mit dem unzufrieden seid, kann nicht das andere gefordert werden. Nach dem 2. Oktober gibt es zusammenfassbare Ergebnisse. Dann schauen wir gemeinsam was damit gemacht bzw. umgesetzt werden kann.

StR. Hoflehner: Ich möchte etwas zum „nicht gegeneinander ausspielen“ sagen: Ich weiß nicht wie es mir ginge, wenn auf diesem Fragebogen stünde, ob die Straße, in der ich wohne, geschlossen werden soll. In der Eisenhowerstraße wohnen Menschen, die tatsächlich einfach zur Kenntnis nehmen müssen in einem Prozess – Bürgerbeteiligung ist ein Prozess – von einer Mehrheitsentscheidung betroffen zu sein.

Bürger beteiligen heißt auch, die Gewichte der Minderheiten und der Mehrheiten zu berücksichtigen. Deshalb sagte ich auch in Interviews, dass es mir nicht so sehr darum geht, ob die Fragen aus unseren Ressorts kommen. Es ist eine Husch-Pfusch-Aktion, in Zeitdruck entstanden, der letztendlich legitime Rechte der Bürger verletzt. Das müssen wir anders machen. Wir hatten in Wels schon Befragungen über das Pflaster in der Innenstadt, über das Welser Logo oder die Sicherheitsbefragung. Über die Westspange wurde damals auch eine Volksabstimmung durchgeführt. Wir hätten die Chance, diese Angelegenheit nochmals gut zu überlegen - es würde niemand einer Politik vorwerfen, hier nicht alles durchdacht zu haben.

Zur Bürgerbeteiligung muss ich meine Fraktionskollegin und Vizebürgermeisterin Silvia Huber korrigieren. Es wäre ja schön gewesen, wenn die Bürger über die offenen Fragen abstimmen hätten sollen. Zu Beginn blieben sieben Fragen über, dazu gab es sieben Experten. Letztendlich war die Bürgerbeteiligung ein Prozess, bei dem aus sieben von Experten aufbereiteten Fragen fünf ausgewählt wurden. Nochmals mein Appell: „Bitte überlegen wir es uns!“

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Raggl-Mühlberger.

Bgm. Dr. Rabl: Wir befinden uns in einer kuriosen Situation. Die SPÖ-Gemeinderäte sprachen zu Themen, die als Einsparungen nicht geplant sind, offensichtlich mit dem Ziel so zu tun als würden diese Einsparungen kommen, um die FPÖ und ÖVP zu desavouieren. Es wird von der Freiwillen Feuerwehr und der Kameradschaftskasse gesprochen. In einer Presseaussendung schrieben die FPÖ und ÖVP an die SPÖ, an die Grünen und an die Presse, dass die Kameradschaftskasse zur Abdeckung des Aufwands und der Neuanschaffung von Ausrüstung für die Feuerwehr dient. Sie wird in einem erheblichen Umfang von der Feuerwehr als Abgeltung ihrer Einsätze selbst erwirtschaftet. Die Begrifflichkeit ist irreführend. Die Stadt muss diesen Aufwand jedenfalls übernehmen, da sonst die Feuerwehr nicht mehr einsatzfähig wäre.

Heute klingt es so, als hätten wir vorgeschlagen die Kameradschaftskasse einzusparen. Ich betone es noch einmal: Die ICG ist in die Abteilungen gekommen. Sie hat sich bemüht Einsparungspotenziale in der Stadt zu finden. Ohne die Beteiligung der ÖVP, FPÖ, SPÖ und der GRÜNEN. Die ICG hat sich mit den Beamten zusammengesetzt und gingen das Budget durch. Welche großen Ausgabenposten gibt es und was bedeutet das? Alle möglichen Einsparungsmaßnahmen ohne Einflussnahme haben sie auf eine Liste geschrieben. Das waren 390 Vorschläge. Diese wurden im Detail berechnet und bewertet. Ich möchte nochmals das Missverständnis aufklären, warum wir jetzt noch nicht alles vorlegen können. Die 390 Vorschläge sind noch nicht fertig bewertet. Ich habe durchaus etwas mitgenommen, um ihnen ein paar Beispiele zu nennen. Es wird zum Beispiel vorgeschlagen die Schwangerschaftsberatung zu streichen - das ist ein Vorschlag der ICG wohlgermerkt – Einsparungspotenzial offen. Warum? Man hat es einfach noch nicht berechnet. Oder das Kulturzentrum Alter Schlachthof auflösen – 100 € Einsparung mit Fragezeichen – Warum? Weil das so nicht stimmen kann. Oder es wird gesagt, Änderung/Kündigung Stadttheater forcieren – Einsparung offen – Warum? Weil wir noch nicht wissen, wie hoch die Einsparung ist. Oder die Übersiedlung von Büroräumlichkeiten reduzieren – Einsparung offen. Jetzt stelle ich die Frage, was soll ich denn vorlegen? Eine unvollständige Liste? Eine Liste, die noch nicht genau geprüft wurde? Deswegen sagten wir, wir fokussieren uns auf die 50 Top Einsparungsziele. Das ist der Grund, weshalb ich noch nichts vorlegen kann, weil es noch nicht fertig ist. Es ist nicht fertig berechnet und es wurde noch nicht geprüft, ob diese Angaben stimmen. Deswegen kann ich es noch nicht vorlegen. Es liegt nur ein Entwurf vor. Wenn die SPÖ wenigstens sagen würde, in welchem Bereich sie andere Fragen stellen oder etwas einsparen würde. Damit wäre ich schon zufrieden. Tut sie aber nicht. Sie weigert sich beharrlich. Ich kann noch so viel diskutieren, aber sie will es einfach nicht.

Es wird auch noch argumentiert, dass wir in den Altenheimen und bei den Senioren sparen. Das ist völliger Unsinn! Das ist ein Vorschlag der ICG, aber kein Vorschlag, den wir verwirklichen wollen. Die ICG schrieb mögliche Einsparungsvorschläge auf eine Liste. Z.B. die Ordnungswache oder die Feuerwehr abschaffen und die Altersheime verkaufen. Wir beschlossen in einem politischen Prozess dies nicht zu tun. Heute wird uns vorgehalten, dass das auf der Liste steht. Ich erkläre es noch einmal, wir haben das nicht auf die Liste geschrieben sondern das Beratungsunternehmen. Es war deren Job alles aufzuschreiben, damit die Politik in der Folge darüber entscheiden kann.

Wir lehnten die Kürzung der Ordnungswache ab. Wir lehnten ab die Frauen und Gleichbehandlung zu streichen, die Sportförderung um 50% zu reduzieren, die Fördervereinbarung für die Lifteinbauten zu streichen, die Tagesheimstätten zu schließen, den Alten Schlachthof aufzulösen, den Weihnachtzuschuss aufzulösen, das

Stadttheater zu streichen, die Streetworker gänzlich einzustellen, abgelehnt die Jugendtreffs zu streichen usw. Ich weiß nicht, wie lange und wie oft ich das noch sagen soll. Es geht darum, dass jemand eine vollständige Liste erstellt und diese dann abgearbeitet wird. Das sind nicht die Vorschläge der einen oder anderen Partei, sondern das sind die Vorschläge des Beratungsinstitutes. Von Seiten der SPÖ braucht man nicht so zu tun, als wären das Vorschläge, die wir umsetzen wollen.

Wir wollen die Feuerwehr und die Altenheime nicht abschaffen. Wir wollen die Kindergartenqualität nicht streichen - im Gegenteil! Wir wollen diese steigern. Also bitte, kehren wir zu etwas mehr Sachlichkeit zurück - wie bereits von Dr. Csar erwähnt.

Es ist inzwischen 22.00 Uhr, wir diskutieren seit drei Stunden über ein Thema. Es ist hinreichend diskutiert, alle Eventualitäten sind ausgeschöpft und beleuchtet. In diesem Zusammenhang habe ich noch unfassbar viele Unterlagen mit, die ich vorbringen könnte. StR. Reindl-Schwaighofer ebenfalls, wir könnten noch zwei Stunden reden. Das ist in Ordnung, aber dient es der Sache? Es dient nicht der Sache. Es geht darum konstruktiv einen Weg zu finden, wie wir für diese Stadt etwas weiter bringen. Dazu braucht es einen Reformprozess, einen Sparprozess und einen Strukturreformprozess.

In Zeiten eines SPÖ-regierenden Bürgermeisters gab es eine Sicherheitsumfrage, die genau nach der gleichen Methode erstellt wurde, mit den gleichen Mitteln, dem gleichen Veranstalter - nämlich der Stadt Linz -, mit gleicher Kontierung. Wir regten uns nicht darüber auf, sondern sagten: „Passt, fragen wir es ab, dann wissen wir wenigstens mehr“. Jetzt herrscht plötzlich große Aufregung.

Es wird immer gesagt, es werden Gruppen ausgespielt oder sonst etwas. Es gibt keine Fragen, die Bürger mehr betreffen als diese jetzt gestellten. Es gibt nichts was die Bürger mehr betrifft als den öffentlichen Nahverkehr. Die Busse werden am meisten von der Bevölkerung als Serviceeinrichtung genutzt. Mehr als die Bücherei, mehr als die VHS und mehr als die Kulturangebote. Öffentlicher Nahverkehr betrifft jeden. Es ist Unsinn zu sagen, es ist nur eine kleine Gruppe betroffen. Die zweitbeste Serviceeinrichtung sind die Kultur- und Bildungsprogramme. Hier zu sagen es betrifft nur eine kleine Gruppe, ist nicht richtig. Es wurden die großen Serviceangebote von uns abgefragt.

Wir hätten auch kleine Serviceangebote abfragen können. Beispielsweise hat jeder Bürger das Recht in das Archiv der Stadt zu schauen, um zu sehen wie sein Haus früher aussah. Die Benützung des Archivs ist bis 10 Minuten gratis möglich - auch das könnten wir abschaffen. Es wird jedoch kaum in Anspruch genommen.

Wir wollten die großen Serviceangebote dieser Stadt abfragen. Leider wird das missinterpretiert. Wenn mir wenigstens wer sagen würde, was die Themen sind. Irgendetwas aus diesen 50 Fragen, die heute schon 1000 Mal erwähnt wurden. Von der SPÖ wurde nicht ein einziges Thema genannt. Man hat hier offensichtlich etwas nicht verstanden und ich hoffe, ich habe es jetzt langsam und ausführlich erklärt, damit nun jeder verinnerlicht, wie wir dazu kamen. Noch einmal: Die ICG hat Sparpotenziale erhoben, daraus entstanden 390 Vorschläge. 175 davon wurden für nachhaltig erklärt. Davon wurden die 50 höchsten Einsparungspotenziale genommen und politisch diskutiert.

Manche Parteien sagten dazu ja. Die SPÖ jedoch „darüber müssen wir reden“. Diese 50 Punkte wurden diskutiert. Daraus wurden unsere Fragen rekrutiert. Diese Fragen und Themen suchten die Bürger aus. Was ist daran schlecht? Warum lassen wir uns dieses Instrument der Bürgerbeteiligung so schlecht reden?

Wenn wir das nun genauso machen wollen heißt es, wir brauchen eine Volksabstimmung. Ich würde gerne abstimmen, aber worüber? Natürlich hat die Silvia Huber Recht wenn sie sagt, wir haben einen Teil der Schulden zurückbezahlt. Das ist richtig. Aber mit dem Verkauf von Welser Tafelsilber. Damit das nicht mehr passiert, leiteten wir diesen Prozess ein. Wenn ich von der Schuldenursache in Wiener Neustadt spreche, liebe Silvia, war die Ursache nicht das Krankenhaus alleine. Wiener Neustadt hätte jederzeit die Möglichkeit gehabt dieses städtische Krankenhaus an das Land zu übertragen. Wiener Neustadt verneinte dies mit dem Grund keine parteipolitischen Posten mehr vergeben zu können.

Wenn wir das Thema angehen, gehen wir es doch seriöser an - nicht wie Ernst Kirchmayr meinte wir sparen bei den Kleinen, den Reinigungskräften. Einvernehmlich mit der Personalvertretung wurde gesagt, wir kündigen keine einzige Arbeitskraft am Magistrat. Bisher habe ich noch keine einzige Arbeitskraft am Magistrat gekündigt. Insofern lieber Ernst, verunsicherst du deine Belegschaft. Du hast keinen Hintergrund diese Behauptung aufzustellen. Das ist dein Mangel an Fantasie, weil offensichtlich beginnt bei dir bei Kündigungen das Sparen. Das ist aber etwas zu kurz gedacht. Es gibt auch Reorganisationsmaßnahmen. Mitarbeiter könnten effizient eingesetzt und Doppel-Gleisigkeiten damit abgebaut werden. Wenn größere Mengen eingekauft werden, kann gespart werden. Vorstandsdirektor i. R. Mag. Rondenell sagte: „ Wenn die Geschäfte schlecht gelaufen sind, gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder wir schmeißen Mitarbeiter raus oder wie erhöhen den Umsatz.“

Er entschied sich für die zweite Möglichkeit und suchte neue Geschäftsfelder. Das gleiche gilt auch für das Haus Magistrat. Wie können wir es besser, effizienter und was können wir anders machen. Wenn wir immer nur in dieser Reformstarre verharren, weil wir uns so davor fürchten ein Rädchen anzugreifen, dann wird diese Stadt kurz oder lang pleitegehen. Das ist das Problem.

Ich darf daher ersuchen zu der Sachlichkeit, die ich mir wünsche, zurückzukehren, um über die Potenziale in dieser Stadt zu diskutieren und nicht darüber, ob die Bürgerbeteiligung zu früh oder zu spät stattfindet, mit den richtigen oder falschen Fragen. Respektieren wir einfach die von den Bürgern herausgefundenen Fragen.

Lieber Johnny, wenn du mich schon zitierst, zitiere mich in diesem Zusammenhang richtig: „Es sollte nicht das herauskommen was herauskommen sollte, sondern es sollte das herauskommen, was die Bürger wollten.“ Das ist etwas ganz anderes.

In meinem Büro gibt es keinen Bürgermeister- und Vizebürgermeisterchauffeur mehr. Nachweislich habe ich 100.000 Euro gespart. Als Bürgermeister hätte ich auch den Anspruch auf ein größeres Büro im Sinne von mehr Personal. Zwei Dienstposten in meinem Büro sind nicht besetzt. Ob die SPÖ-Stadtsenatsbüros ebenfalls derartige Einsparungen in ihrem eigenen Bereich umgesetzt haben, weiß ich nicht. Bisher kann ich davon nichts berichten.

Insofern ist es unfair zu sagen, wir seien an dieser ganzen Misere schuld. Wenn uns von Kollegin Wildfellner die Anzahl der Arbeitslosen vorgehalten wird, dann liegt es vielleicht daran, dass es einen Bundeskanzler gibt, der eine Maschinensteuer und eine Vermögenssteuer verlangt. Das heißt zusätzliche weitere Besteuerungen, wie wir sie gerade nicht wollen. Wenn dann noch zusätzlich gesagt wird, dass die Hypo-Alpe-Adria daran schuld sei, dann frage ich mich, warum euer Landeshauptmann Kaiser für diesen Diel stimmte? Warum waren die SPÖ und die derzeitige Finanzlandesrätin Schaunig dafür?

Wir wollen die Dinge dort lassen, wo sie hingehören. Es gibt viel Aufklärungsbedarf. Es geht nicht darum was im Land oder im Bund passiert, sondern in der Stadt Wels. Wer verantwortungsvoll handeln möchte, der sollte in dieser Debatte mit der notwendigen Sachlichkeit agieren und dorthin zurückkehren wo es notwendig ist. Nämlich nicht in die Öffentlichkeit sondern auf den Verhandlungstisch.

StR. Reindl-Schwaighofer: Leider macht es der Herr Bürgermeister einem nicht so leicht in die Pfade einzusteigen, die er selbst fordert. Es ist seine Manier die Frage mit der Wertschöpfungsabgabe in den Raum zu stellen. Alle, die diese Diskussion beobachten, wissen, dass ich dort, wo ich intensiv Personal einsetze die Abgaben senke. Dort wo es technologiebetrieben ist, schaue ich mir an, ob ich nicht andere Wertschöpfungen erschließen kann. Diese Diskussionsbeiträge sind meiner Ansicht nach der richtige Weg.

Wenn ich zwischen den Zeilen höre, dass die Hypo Kärnten nicht von der FPÖ gegen die Wand gefahren wurde, sondern von den Nachfolgern, die sie wieder repariert haben, dann wird es einfach abenteuerlich.

Das Thema Wirtschaftskrise wurde in der Debatte erwähnt. Wir befinden uns natürlich immer noch in der Nachzeit einer Wirtschaftskrise. Fragen wir den Finanzdirektor wie viele Millionen Euro die Stadt an Bundesbedarfzuweisungen aufgrund der Wirtschaftskrise nicht bekam – er kann uns das genau mitteilen. Frau Vizebürgermeister sprach heute schon darüber, das Geld wurde für Investitionen ausgegeben. Das sind genau die antizyklischen Ausgaben, die auch der Bürgermeister ansprach. Er sagte: „Das in Ausnahmefällen auch Schulden gemacht werden müssen, wenn wir antizyklisch arbeiten.“

Ich möchte nun meinen ursprünglichen Vortrag aufgreifen und ein Beispiel auf den Tisch legen. Es wurde von der FPÖ und ÖVP beschlossen, dass die Stadt Wels keine Jugendherberge mehr braucht. Eine Stadt mit 60.000 bis 65.000 Einwohnern braucht keine Jugendherberge mehr – das ist wunderbar! In den vergangenen, guten Jahren gab es 5.000 bis 7.000 Nächtigungen. Eine Stadt wie Wels lebt von sehr vielen Sportveranstaltungen, Jugendveranstaltungen, etc. und braucht keine Jugendherberge?

Wir kümmern uns gerade darum, dass der Römerradweg eventuell an den Donauradweg angeschlossen wird. Gerade für die Radfahrer werden billige Quartiere benötigt - aber wir brauchen keine Jugendherberge! Ist das zukunftsreich? Eine Stadt, die einen Aufbruch in Richtung Tourismus startet, würdigt ein paar Nächtigungen einfach nicht. Die Jugendherberge brauchen wir in unserer Stadt, wenn wir uns als regionales Zentrum weiterhin ernst nehmen wollen.

Darüber würde ich gerne diskutieren. Jedoch wird über die Hypo-Alpe-Adria und über die Maschinensteuer gesprochen. Herr Bürgermeister sagte vorhin: „Noch einmal für die, die langsam denken.“ Wenn wir alle Informationen bekommen, werden wir gemeinsam über Sinn und Unsinn der einzelnen Maßnahmen diskutieren. Das abenteuerlichste Argument des heutigen Tages ist die noch nicht fertige Liste - aber wir stimmen schon einmal darüber ab. Hier soll noch irgendjemand die Diskussionsbeiträge ernst nehmen.

GR. Hufnagl: Mehrmals wurde heute bereits über die Tagesheimstätten diskutiert. Einige Mitglieder des Pensionistenverbandes befinden sich im Saal. Auf der ICG-Liste standen drei Vorschläge:

Vorschlag 1: Alle Tagesheimstätten schließen – dieser Vorschlag wurde abgelehnt – hier waren sich alle Parteien einig.

Vorschlag 2: Zusammenlegung von sieben auf vier Tagesheimstätten.

Vorschlag 3: Tagesheimstätte Noizmühle schließen.

Bei den Vorschlägen 2 und 3 konnte keine Einigkeit erzielt werden. Das heißt, diese stehen unter „offene Punkte“. Sie wurden nicht beschlossen aber auch nicht abgelehnt. Wir werden darüber noch diskutieren. Wir sollten den Menschen die wirkliche Lage der Dinge sagen.

GR. Ganzert: Ein paar Dinge der Wortmeldung des Herrn Bürgermeisters möchte ich nun richtig stellen. Es behauptet niemand, der Herr Bürgermeister sitzt vor seinem Computer und erstellt die Liste mit den 50 Punkten selbst. Dann gebe ich noch das Logo der ICG hinzu und dafür haben wir 180.000 Euro an Logorechten bezahlt. Die Liste wurde von der ICG gemeinsam den Mitarbeitern des Magistrates der Stadt Wels erstellt. Es gibt 390 Vorschläge - nun kommt der Bürgermeister ins Spiel, der sagt, ich kann nicht genau abschätzen wie viele davon fertig sind. Von den 390 Vorschlägen selektiere ich 175, die entsprechend praktikabel sind. Nur über diese darf gesprochen werden, nur diese Punkte sollen den Leuten vorgelegt werden.

Hier bringen sich der Bürgermeister, die FPÖ ein und kürzen willkürlich die Liste. Diese Vorgangsweise ist schon fraglich. Warum reden wir eigentlich darüber, wenn der Prozess noch nicht fertig ist, wenn die Vorschläge noch nicht fertig sind? Warum müssen wir es im 2. Halbjahr 2016 machen? Es wäre besser gewesen bis Ende Oktober/Anfang November zu warten und in der Dezember-Gemeinderatssitzung zu diskutieren. Im Frühjahr könnte dann darüber abgestimmt werden. Warum warten wir nicht bis die KPMG mit ihren Vorschlägen fertig ist, bis wir ein Gesamtkonzept zur Verfügung haben? Ich möchte mich bei Dr. Csar für die richtige Zitierung bedanken. Wir wollen eine statutarische Volksbefragung, aber nicht mit den jetzigen fünf Fragen. Das macht keinen Sinn. Wenn wir über diese Fragen abstimmen sollen, dann nur statutarisch. Wenn der Herr Bürgermeister immer sagt keine Vorschläge, gar keine Vorschläge seitens der SPÖ, dann stimmt das nicht. In der Klausur vom 11.08.2016 standen einige Punkte, wie zum Beispiel Frauen und Gleichbehandlung streichen zur Diskussion. Damals hieß es, das ist eine Strukturfrage, die gehört zum KPMG-Projekt und hat mir der ICG nichts zu tun.

Weiteres stand darauf Streichen von Sekretariaten der Stadtsenatsmitgliedern oder Zusammenlegung derselben. Und viele weitere Punkte. Darauf kamen von mir die Fragen: „Warum steht nicht das Büro des Bürgermeisters darauf? Warum steht nicht die Öffentlichkeitsarbeit darauf? Warum stehen nicht auch andere Stabstellen und Wirkungskreise des Magistrates der Stadt Wels darauf?“ Die Antwort war: Der Herr Bürgermeister lässt das nicht zu und stellt das Ganze nicht zur Diskussion. Die SPÖ erkannte, wenn man darüber nicht diskutieren kann, ist eine entsprechende Entscheidung nicht möglich. Es gab eine Presseaussendung über die Abstimmung am 11.08.2016. Der Unmut ist nun sehr groß. Auf der sog. Ja-Liste steht: Bezüglich Kinderbetreuung wird das Personal laut gesetzlichen Anforderungen bereitgestellt. Nach gesetzlichen Erfordernissen wird das Personal alternativ in Sprachgruppen eingesetzt. Einsparung 266.400 Euro.

Die gesetzlichen Vorgaben sehen vor einen Pädagogen und einen Helfer - bis auf ein paar Ausnahmen, in denen zwei Pädagogen möglich sind. Das wird geändert und für die Sprachgruppen wird es eine eigene Förderung geben. Der zweite Pädagoge soll durch einen zweiten Helfer ersetzt werden. Das kostet eigentlich mehr. Warum steht es dann auf dieser Ja-Liste? Wieso stimmen wir am 11.08.2016 darüber ab und wird dann anders beschlossen? Warum wird in einer Presseaussendung der Stadt Wels mitgeteilt, wieviel vorab gespart wird, wenn wir heute erfahren es kostet in Wahrheit 300.000 Euro mehr? Es wird gar nicht umgesetzt. Die SPÖ ist dann wieder schuld, denn das stimmt nicht und es wird auch nicht umgesetzt. Denn die SPÖ versteht es nicht und liest auch nicht die Listen. Bitte hier noch einmal Klarheit hineinbringen. Die Öffentlichkeitsarbeit hat sich schon bemüht und einige Presseaussendungen zu diesem Thema veröffentlicht. Bitte hier endlich für eine Klarstellung sorgen.

Ich möchte noch auf eine kleine Anekdote hinweisen. Am 11.08.2016 wurde auch über das Thema Energiemanagement gesprochen. Es nennt sich „Herabsetzung der Raumtemperatur am Magistrat der Stadt Wels“. Das hätte auch ein gewisses Einsparungspotenzial und das wurde beschlossen. Ich habe nie Gegenteiliges gehört. Die Deutsche Wochenzeitung „Die Zeit“ verfasste einen Artikel über die Stadt Wels. Wie es der Zufall so will, schrieb mir der Redakteur eine E-Mail mit folgendem Inhalt: „Im übrigen habe ich vergangene Woche erfahren, dass eine Absenkung der Raumtemperatur im Magistrat doch nicht geplant ist.“ Ich finde das sehr befremdlich, wenn mir fremde Redakteure als Fraktionsvorsitzenden der zweitstärksten Fraktion erzählen, was nun geschieht.

Der öffentliche Verkehr betrifft die größte Anzahl der Bevölkerung in der Stadt Wels, laut Aussage von Herrn Bürgermeister. Ich frage sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, wer von ihnen ist heute mit dem Bus gefahren? Einige Besucher sind sicher schon nach Hause gefahren, da es keinen Nachtbus gibt. Dieser Vergleich ist etwas weit hergeholt. Der Bürgermeister behauptet, dass die SPÖ wieder schwarz malt und alles wird zugesperrt. Wir müssen nur im Protokoll nachsehen, was der Bürgermeister über die ewwag sagte. Wenn wir jetzt nicht sparen, nicht zurückfahren und nicht an die Zukunft denken, müssen wir die ewwag verkaufen. Das ist dieselbe Herangehensweise, die er es uns vorwirft.

Der Vergleich mit der Sicherheitsumfrage, die es unter Bürgermeister Dr. Koits gab, hinkt leider auch. Wenn ich heute eine Umfrage durchführe, nehme ich stichprobenartig die Welser Bevölkerung her. Dann frage ich: „Wie sind sie denn mit der Leistung der Stadt Wels zufrieden? Würden sie sich etwas wünschen?“ O.k. repräsentativ versuche

ich mit einer gewissen Anzahl an befragten Personen festzustellen, was das aktuelle Stimmungsbild ist. Das ist eine ganz andere Voraussetzung, als wenn ich den Bürgern entgegentrete und sagen möchte, o.k. ihre Abstimmung ist verbindlich. Es gibt zum Beispiel datenschutzrechtliche Bedenken. Es gab in einigen anderen Städten Probleme mit der Datenschutzkommission. Wenn die Politik sagt, dass das Ganze verbindlich ist, dann geht es auch um die Sicherheit, wie man damit sicherheitstechnisch umgeht. Es ist niemand davon gefeit den elektronischen Code irgendwie von anderen Personen zu bekommen und damit abzustimmen. Das sind immer noch offene Punkte. Ich hätte mich gefreut, wenn wir die Befragung verschieben hätten können, damit wir ein ausgeglichenes Budget und ein zukunftssicheres Budget für die Welser Bevölkerung bekommen, dass wir doch alle wollen.

GR. Schönberger: Sie sagten, die Liste wurde von der Firma erstellt, dann wurde das Ganze in den Lenkungsausschuss gegeben. Es gab diese Ampelregelung mit rot, gelb und grün. Wenn sie wirklich der Meinung wären, dass wir darüber nicht sprechen, dann müssten alle Punkte auf der Nein-Liste stehen.

Wie zum Beispiel Sozialpsychische Beratungsstelle und das Welios schließen, Alternativkooperation mit der Fachhochschule, Abschaffung der gebührenfreien Mittagszeit, Absetzung der Aktion eine Stunde zahlen – zwei Stunden parken, Streichung der Kameradschaftskasse der Freiwilligen Feuerwehr, gesamte Übernahme der Kosten der Sportanlagen Mauth und Wimpassing, Budokan streichen, Tennisheim Rosenau streichen, Fachhochschulförderungen um 25 Prozent kürzen, Weihnachtzuschuss streichen, eigenes Heim für Kinder prüfen, Familienberatung Doppel-Gleisigkeiten beseitigen, Subventionen Tourismusverband streichen, Subventionen um 25 Prozent kürzen bei Vereinen mit Schwerpunkten arbeitsplatzfördernde Maßnahmen, soziale Leistungen streichen, Zusammenlegung einzelner Tagesheimstätten prüfen, Beibehaltung der Aktion eine Stunde zahlen und zwei Stunden parken, Subventionen Tourismusverband 50 Prozent kürzen, Tagesheimstätte Noitzmühle Schließung prüfen usw.

All diese Dinge stehen auf der Liste, worüber sie sich noch nicht schlüssig waren, ob das nun geschehen soll oder nicht. Deshalb sagte ich vorhin, wenn sie der Meinung sind, dass diese Punkte nun erledigt sind, dann stehen diese ab jetzt auf der Nein-Liste.

Wenn sie das so meinen ist es für mich in Ordnung - im Moment sehe ich das nicht so. Sie sagten sie wissen noch nicht, ob die bei gelb stehenden Punkte durchgehen oder nicht. Genau das ist die Halbwahrheit, mit der hier gearbeitet wird. Die Tagesheimstätten ließen sie nicht aus der Diskussion heraus, obwohl sie am Anfang der Funktionsperiode das Parteienübereinkommen unterzeichnet haben. Bekennen sie sich zu den Dingen, die sie tun. Sie haben die Mehrheit. Wenn sie Grausamkeiten umsetzen, welche die Bevölkerung treffen, müssen sie auch dazu stehen. Das sagte auch der Herr Bürgermeister - aber man muss dafür geradestehen, wenn man solche Dinge durchzieht. Das was sie hier machen ist einfach nur „Zurückrudern“ und nichts anderes.

StR. Lehner: Herr Schönberger, es ist schön zu sehen, wie emotional du um diese Uhrzeit noch bist und mit welcher Euphorie du dabei bist. Wir legten ganz klar fest, die ICG zeigte Dinge auf, zu denen wir uns bekannten diese nicht umzusetzen, denn sie sind sozial nicht verträglich und werden von uns in dieser Art nicht gewünscht. Es ist logisch, dass über Punkte der Liste diskutiert wurde; aber die Dinge sind entschieden.

Vielleicht hast du das verschlafen, weil du so ausgeruht bist und deshalb so emotional agieren kannst.

Zur Schließung der Jugendherberge darf ich Folgendes sagen. Sie ist für mich ein sehr gutes Beispiel dafür, Dinge einzusparen, die auch wirklich Sinn machen. Wir betrieben als Stadt Wels eine Jugendherberge mit einer extrem niedrigen Auslastung. Das führte dazu, dass auch in guten Tagen die Hotellerie auf entsprechende Deckungsbeiträge verzichten musste. Primär die Monteure bei der Messe nächtigten sehr gerne in der Jugendherberge. Die von StR. Reindl-Schwaighofer angesprochenen Radfahrgruppen, nächtigten nicht in Wels.

Alleine durch die Ankündigung der Schließung der Jugendherberge gibt es ganz konkrete Pläne von Unternehmen in Wels in die Drei-Sterne-Hotellerie zu investieren. Das sind Signale, die von der Politik erwartet werden, Sicherheit für die Wirtschaft zu vermitteln, damit Investitionen in Wels starten können. Es gibt ein konkretes Projekt für ein Drei-Sterne-Hotel. Ebenso wurde bereits mit dem Bau eines Studentenheimes begonnen. Deshalb werden im kommenden Sommer Kapazitäten für Nächtigungsmöglichkeiten für die Radfahrer frei sein (im Sinne des Römerradweges).

Das sind Signale an die Wirtschaft und an den Tourismus, damit zukünftig ein noch besseres Welser Angebot vorliegt. Das ist uns als Politik sehr wichtig und dafür stehen wir.

Die Dinge, die wieder als Nebelgranate oder als Angstmache präsentiert werden, sollten weniger emotional aber dafür sachlich diskutiert werden. Wir sollten auch die Vorschläge zur Kenntnis zu nehmen, die wir nicht einsparen werden, weil es der Bevölkerung nicht zumutbar ist. Wir bekennen uns mit vollem Herzen dazu - wir sind eine soziale und wirtschaftlich verantwortungsvolle Stadt.

GR. Wiesinger: Um 22.45 Uhr fällt es schon etwas schwer der Diskussion zu folgen. Wenn ich mir diese anhöre, bin ich mir nicht mehr sicher, ob die einzelnen Fraktionen wissen was sie wollen. Vorhin wurde gesprochen, dass die SPÖ, die GRÜNEN und die NEOS miteinander als Opposition auftreten. Kollege Ganzert möchte eine statutarische Befragung. Kollege Hufnagel möchte eine statutarische Volksabstimmung. Was wird nun gefordert - aus dem Antrag geht es auch nicht hervor. Kollege Reindl-Schwaighofer führte die Kameradschaftskasse der Feuerwehr an. Diese soll auf einer Liste stehen. Darf es keine vorselektierten Listen geben oder keine Gesamtliste? Ich kenne mich nicht aus. Meintest du die Liste der ICG? In dieser ist die Kameradschaftskasse angeführt, weil diese nicht vorselektiert war. Wir beschlossen in der Sitzung (ohne die SPÖ), dass dieses Thema nicht angegangen wird.

Ich werde emotional, wenn ich höre, dass in der Qualität der Kindergärten eingegriffen wird. Meine beiden Söhne waren in einem städtischen Kindergarten untergebracht und wurden von einer Pädagoginnen und einer Helferin betreut. Es muss mir jemand erklären, warum zwei Pädagoginnen eine bessere Arbeit leisten als eine Helferin. Es geht hier nicht um die Ausbildung sondern um das Zwischenmenschliche, wie mit den Kindern umgegangen wird. Ich verwehre mich zu sagen, dass eine Helferin eine schlechtere Ausbildung hat oder die Kinder nicht so gut betreut.

In der Diskussion wurden einige Sachen bewusst weggelassen. Es wird so dargestellt, als wurden am 11.08.2016 Sachen beschlossen, die heute schon umgesetzt sind. Das ist unrichtig. Wir sagten diesen Punkt „schicken wir auf die Reise“, er soll auch umgesetzt werden. Viele Punkte müssen durch den Gemeinderat beschlossen werden. Eben solche, die im Stadtsenat beschlossen werden müssen.

Es ist nicht so, dass eine Runde von Fraktionsobmänner alles schon beschlossen hat. Nein, es gibt auch darüber hinausgehende Beschlüsse. Die angeführten Summen sind zuerst einmal Schätzungen. Hier steht zum Beispiel das Jahr 2020 - keiner weiß was im Jahr 2020 passiert. Bei der genauen Umsetzung wird man drauf kommen, ein Betrag stimmt, der andere nicht. Wir diskutieren hier über einzelne Beträge, die nicht stimmen können. Wir alle, auch die ICG und die SPÖ wussten es nicht.

Ich würde den Prozess und die Arbeit der ICG nicht in Frage stellen. So einen Prozess gab es in der Stadt Wels noch nie. Es gibt keine Erfahrung in diesem Bereich. Deshalb nahmen wir einen externen Berater. Die dadurch gewonnenen Erfahrungen sollten wir ernst nehmen. Mich stört an dieser Diskussion wenn behauptet wird, Minderheiten entscheiden über Mehrheiten. Es wurde darüber gesprochen, er ist nicht repräsentativ, es sind zu wenig Teilnehmer usw.

Ich möchte einen Punkt anführen, der vielleicht dem Herrn Bürgermeister der Stadt Wels nicht so gefällt. Letztes Jahr im September war die Bürgermeisterwahl. Es haben 16.000 Personen den Bürgermeister gewählt. Bei 43.000 Wahlberechtigten sind das 37 % - das ist auch nicht die Mehrheit. Keiner hier im Raum würde sagen, dass das nicht in Ordnung ist. Wir müssen uns immer bewusst sein, bei jeder Abstimmung, sei es eine Wahl, eine Volksbefragung- oder -abstimmung, kann es dazu kommen, dass Minderheiten über Mehrheiten entscheiden können. Das muss uns bei aller Diskussion bewusst sein.

Bgm. Dr. Rabl: Nun sind wir am Ende der Debatte angelangt. Eine Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt gibt es nicht, weil dem Antrag ja bereits voll entsprochen wurde. Wir kommen daher zu den Dringlichkeitsanträgen.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend die Zurverfügungstellung des Reformprozesses
an die Mitglieder des Gemeinderates
DI-Verf-2019-2016

Bgm. Dr. Rabl wiederholt den Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion samt dem enger gefassten Abänderungsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion.

Der Abänderungsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion (Anlage 2) wird mit

	<u>21 Ja-Stimmen</u> (FPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)
gegen	<u>7 Nein-Stimmen</u> (SPÖ-Fraktion + GR. Mag. Mayerhofer)
und	<u>1 Stimmenthaltung</u> (NEOS)

angenommen.

Vzbgm. Huber, GR. Mag. Brenner-Nerat und GR. Wildfellner sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion
betreffend Änderung des Beschlusses des Gemeinderates
der Stadt Wels vom 11.12.1989 über Haftungsansprüche
der Stadt Wels; Verzicht auf Ersatzforderungen gegenüber
Organen der Stadt
DI-Verf-2021-2016

GR. Mag. Parzmayr: Dieser Antrag beschäftigt sich mit einem Gemeinderatsbeschluss, der bereits ein bisschen länger zurückliegt, etwa 27 Jahre. Ich will mir jetzt eine juristische Vorlesung aufgrund der vorgerückten Stunde sparen, daher nur eine kurze Darstellung des Sachverhaltes: Bei diesem alten Beschluss geht es um den Verzicht der Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen der Stadt Wels gegenüber ihren Organen und Dienstnehmern. Wenn ein Organ oder Dienstnehmer der Stadt Wels einen Schaden an Dritten oder der Stadt selbst verursacht, kann sich die Stadt diesen Schaden zum Teil oder zur Gänze, je nachdem, wieder beim Schädiger zurückholen. Das natürlich nur unter den gesetzlichen Voraussetzungen; einschlägig hier das Amtshaftungsgesetz, Organhaftungs- und Dienstnehmerhaftpflichtgesetz.

Diese gesetzlichen Bestimmungen haben im weitesten Sinne eines gemeinsam – sie beschränken die Höhe des Regresses. Und zwar knüpfen sie das an den Grad des Verschuldens. Je höher das Verschulden des Schädigers ist, desto höher kann auch die Rückforderung ausfallen. Wie sie dem beiliegenden Amtsbericht zum alten Beschluss entnehmen können, hat sich das Land Oberösterreich bereits im Jahr 1976 entschlossen, auf diese Geltendmachung unter bestimmten Voraussetzungen zu verzichten. Das empfahl man auch 1980 den Gemeinden. 1989 hat dies die Stadt Wels übernommen.

Die Idee ist grundsätzlich gut, wird auch so in der Stadt Wels verwirklicht. Wie sie unter lit. a des Amtsberichtes lesen können wird auf den Grad des Verschuldens und die wirtschaftliche Lage Bedacht genommen, aber in lit. c ist die Höhe des Ersatzanspruches immer enthalten. D.h. auch bei grobfahrlässiger oder sogar vorsätzlicher Begehung durch das Einkommen des Schädigers begrenzt. Dies erscheint uns nicht gerechtfertigt. Das ist mit den anderen gesetzlichen Bestimmungen nicht in Einklang zu bringen.

Also noch einmal kurz gesagt: Wir wollen keine Wertgrenze des Regressanspruches der Stadt Wels bei vorsätzlicher oder grobfahrlässiger Verursachung eines Schadens.

GR. Ganzert: Bei der Behandlung der Dringlichkeit stimmten wir dagegen. Dieser angesprochene Amtsbericht ist aus dem Jahr 1989. Den Mandataren wurde dieser Dringlichkeitsantrag knapp 12 Stunden vor Beginn der Sitzung übermittelt. Nach Gesprächen mit den Fraktionen in der laufenden Sitzung habe ich das Gefühl, dass aufgrund der komplexen Materie und aufgrund der kurzen Zeit der Antrag einigen Mandataren nicht ganz verständlich ist. Es soll ja dabei um eine Abänderung oder Verschärfung des Haftungsanspruches gehen. Bei der Frage der Organhaftung geht es um die Mitarbeiter des Hauses, es ist die Unterscheidung der leichten und groben

Fahrlässigkeit nur schwer zu sehen, es gibt diverse Beispiele. Was ist, wenn der Mitarbeiter über Nacht den Computer eingeschaltet lässt und es zu einem Brand kommt? Was ist, wenn der Lenker eines Kraftfahrzeuges in der Dienstzeit während der Fahrt raucht? Es gibt hier einige Punkte, die sicherlich noch offen sind und aus der Sicht der SPÖ es sinnvoll erscheinen darüber zu reden.

Es wäre sinnvoll, so wie es bei einem Initiativantrag vorgesehen ist, die Möglichkeit zur Stellungnahme durch den Verfassungsdienst, durch die Personalvertretung und allen anderen vorgesehenen Instanzen bei solch einer Beschlussfassung einzuholen.

Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Dringlichkeitsantrag an den Finanz- und Präsidialausschuss zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Ganzert auf Zuweisung des Dringlichkeitsantrages der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion in den Finanz- und Präsidialausschuss wird mit

12 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion)
gegen 20 Nein-Stimmen (FPÖ-, ÖVP-Fraktion, NEOS)

abgelehnt.

Der Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion (Anlage 3) wird mit

20 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP-Fraktion, NEOS)
gegen 12 Stimmenthaltungen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktion und der NEOS betreffend Durchführung der geplanten Bürgerbefragung als Volksabstimmung gemäß § 67 StW 1992
DI-Verf-2020-2016

GR. Prof. Mag. Teubl: Zur Geschäftsordnung hätte ich noch eine kurze Frage: Ich würde sie, Herr Bürgermeister, ersuchen die Abstimmung zum SPÖ-Dringlichkeitsantrag so zu erklären, dass wir wissen, ob dieser angenommen oder abgelehnt wurde. D.h. ich hätte gerne eine ausführliche Darstellung, wie sie jetzt diese Abstimmung interpretieren.

Bgm. Dr. Rabl: Dann unterbreche ich kurz die Sitzung zur Klärung, wie jetzt verfahrenstechnisch vorzugehen ist, für fünf Minuten. Ich kläre die Angelegenheit mit Vertretern des Verfassungsdienstes ab, wie ich das handhaben soll.

Die Sitzung des Gemeinderates ist von 22.50 bis 22.52 Uhr unterbrochen.

Bgm. Dr. Rabl: Die Sitzungsunterbrechung ist aufgehoben. Die Klärung mit dem Verfassungsdienst war in der kurzen Zeit möglich.

StR. Reindl-Schwaighofer: Ist GR. Mag. Parzmayr zu diesem Dringlichkeitsantrag Berichterstatter?

Bgm. Dr. Rabl: GR. Mag. Parzmayr ist nicht Berichterstatter. Er meldete sich als Erster zu Wort. Deswegen kommt er zuerst an die Reihe.

Bgm. Dr. Rabl: Bezüglich des Antrags der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, der mit dem Abänderungsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion angenommen wurde, fehlt eine Abstimmung. Der Abänderungsantrag wurde angenommen und jetzt müssen wir in Ergänzung über den Hauptantrag in abgeänderter Form abstimmen. Wir müssen daher diese ergänzende Abstimmung nachholen. Ich eröffne nochmals die Abstimmung in abgeänderter Form zum

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend die Zurverfügungstellung des Reformprozesses
an die Mitglieder des Gemeinderates
DI-Verf-2019-2016

Der Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion (Anlage 1) wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl: Nun sind wir wieder beim

Dringlichkeitsantrag der SPÖ- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktion und der NEOS betreffend Durchführung der geplanten Bürgerbefragung als Volksabstimmung gemäß § 67 StW 1992
DI-Verf-2020-2016

GR. Mag. Parzmayr: Was die SPÖ und die GRÜNEN mit diesem Antrag bezwecken wollten, war mir nicht ganz klar. Ich hoffte durch eine Debatte mehr Aufklärung zu bekommen, jedoch habe ich den Eindruck noch immer nicht. Sie schreiben in diesem Antrag, sie verlangen eine Volksabstimmung nach dem Statut. Kollege Ganzert sagte mehrmals, er wolle eine statutarische Volksbefragung. Ich weiß also noch immer nicht was sie wirklich wollen, ich vermute sie wollen schlicht und ergreifend diesen Prozess kolportieren, verhindern und verzögern.

Nochmals ein kleiner juristischer Exkurs: Was steht im Statut? § 67 Volksabstimmung, Abs. 1: Der Gemeinderat kann beschließen, dass ein vom Gemeinderat beschlossener Antrag einer Volksabstimmung unterzogen wird. Jetzt frage ich mich, was beantragen sie heute? Eine Volksabstimmung darüber, ob eine Volksabstimmung abgehalten werden soll? Was wollen sie das Volk fragen? Das haben sie in der heutigen mehrstündigen Debatte nicht mit einem Wort erwähnt, nichts, null! Ich weiß nicht, was sie das Volk fragen wollen. Vielleicht wissen sie es selbst nicht. Das bleibt dahingestellt.

Jedenfalls gibt es hier sehr viele offene Fragen, weshalb ich den Antrag zur Geschäftsordnung stelle, diesen Dringlichkeitsantrag (Anlage 4) dem Finanz- und Präsidialausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Mag. Parzmayr auf Zuweisung des Dringlichkeitsantrages der SPÖ- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktion in den Finanz- und Präsidialausschuss wird mit

gegen 19 Ja-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
13 Nein-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)
angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die rege Diskussion und erklärt diese Sitzung für beendet.

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 07.11.2016 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.